DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 40 ab Samstag, 13. März 2021 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an KDW e.V. DE72 1101 0100 2235 4091 57
Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben



HIER IST DIE DEMOKRATIE! AUF IN UNSEREN Frühling

»Es reicht.« Mit dieser Losung versammelt sich am heutigen Samstag in allen 16 Landeshauptstädten die deutsche Demokratiebewegung zum demokratischen Frühling.

Die Ziele sind seit 28. März 2020 weltbekannt: Beendigung des Notstandsregimes, Rückkehr zum Grundgesetz, Menschen- wie Völkerrecht und politische Transparenz. Bereits bei der großen Millionendemo in Berlin am 29. August 2020 fand die erste Verfassungsgebende Versammlung für Volksentscheide in allen grundlegenden Fragen statt. Denn über unsere Zukunft entscheiden wir selbst.

Bei der internationalen Demo in Kassel am 20. März 2021 und zum ersten Geburtstag der Demokratiebewegung am 28. März in Berlin erneuern wir unsere Politik grundlegend: friedlich, frei, umweltfreundlich und sozial. Seiten 6 und 7

NICHTOHNEUNS.DE

Großer Demokrat

LAUDATIO ***Der Preis der Republik geht an Michael Ballweg.***
Von Anselm Lenz



Die ganz großen Millionendemonstrationen in Berlin hat er in Gang gesetzt: Michael Ballweg, Unternehmer aus Stuttgart – und ein großer Demokrat.

Als die Regierung am 25. März die Notverordnungen erließ, erhob sich bereits ab 28. März 2020 die Demokratiebewegung. Ausgehend vom Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin entwikkelten sich überall in Deutschland, in Tausenden Städten und Gemeinden die Samstagsspaziergänge: Top-hygienisch fürs Grundgesetz immer um 15:30 Uhr. Frei gesprochen werden konnte kaum, denn der Merkel-Staat will keine Demokraten sehen. Ballweg nahm deshalb schon im April sein Herz in die Hand, um diesen Mangel zu beseitigen und schuf Querdenken. Die ersten ganz großen Versammlungen der Demokratiebewegung entstanden zuerst auf der Cannstatter Wasn, dem Festplatz in Stuttgart. Endlich bekam der Einsatz für die Grundrechte und die Freiheit Stimme, professionelle Organisation und dazu ein sympathisches Gesicht.

In Michael Ballweg erhält ein Demokrat den Preis der Repubklik, der für unsere Gesellschaft Unschätzbares, ja, Historisches geleistet hat. Den Versuch, den Ruf nach Demokratie zur Nebensache zu erklären hat er eine Absage erteilt und ist zurecht zum Kopf der deutschen Demokratiebewegung geworden. Die legt weiterhin Wert auf Dezentralität, um nicht wie die Parteien korrumpiert zu werden. Auch das stützt Ballweg, der sich nach allen Seiten umschaut, um für die Demokratie auf dem Weg und am Ball zu bleiben. Legendär schon heute: Seine entspannte Art, sein Humor, seine Kompetenz.

• Interview Seite 11 • Gespräch Ballweg-Lenz im Presseklub (DW-Kanal auf *YouTube*)

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an Michael Ballweg verliehen. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich.

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 40. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.



Zum Geleit



EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten? – Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de, demokratischegewerkschaft.de, Bewegung Leipzig und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in unserer gesamten Republik verbreiten.

Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 40. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020 und auch 21!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Kritik und Corona-Krise

EINWURF *von Werner Köhne*

Die Welt in der Krise: ein Befund, der sich kaum noch bestreiten lässt. Diese Krise jedoch allein als Corona-bedingt auszuweisen, wäre verfehlt, misst man sie an den realen Gegebenheiten der Pandemie. Auffällig ist, dass der Faktor Kritik im Streit um die Deutungshoheit in der Corona-Krise auf ein unterschiedliches Echo trifft. In der von Politik und Medien gestreuten Diffamierung des Gegners als »Corona-Leugner« löst sich Kritik in dessen Stigmatisierung auf, während jede an die Corona-Agenten geübte Kritik als böse Unterstellung betrachtet wird.

Über das historische Verhältnis von Krise und Kritik hat sich der eher konservative Historiker Reinhard Koselleck Gedanken gemacht. Sein Untersuchungszeitraum ist die vorrevolutionäre Zeit im 18. Jahrhundert in Europa. Er beobachtet, wie sich damals unter absolutistischer Herrschaft eine sehr rege Bildungsschicht entwickelte, die infolge mangelnder politischer Einflussnahme sich auf innere Zirkel zurückzog, und dort eine moralische Innenwelt schuf – weitab von der Realität. Man entwarf Utopien, die Rousseau'sche Luftschlösser mit radikaler Kritik verband und dann in der französischen Revolution 1789 plötzlich als blutige Praxis virulent wurden. Aus einer eher weltfremden Kritik – so Koselleck – entstand erst eine Krise. Und nicht etwa umgekehrt.

Wie wäre dieser Gedankengang anwendbar auf die heutige Situation. Offensichtlich erscheint den Corona-Beschwörern heute die Krise wie ein naturhaft schicksalhaftes Geschehen. Da Kritik daran unsinnig wäre (wie sollte man ein Virus kritisieren wollen?), schaltet man um auf ein Krisenmanagement und wirft den vermeintlichen Corona-Leugnern vor, sie stellten nicht nur Covid-19 in Abrede, sondern auch das quasi gottgegebene Krisenmanagement.

Es zeigt sich hier eine Tendenz, die global wirksam wird: Krisen werden immer häufiger als schicksalhaft aufgefasst. Allein ein personell eng bestücktes Krisenmanagement könnte ihnen etwas entgegensetzen, klassische Politik vermöge dies nicht mehr – wird behauptet. In schönstem Luhmannsprech wird Kritik ersetzt durch »Verfahren« (Legitimität durch Verfahren). Der innere Kern einstiger Kritik, nämlich sich aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit zu befreien, schmilzt indes dramatisch. Es wird mit den Merkels dieser Welt keine Reformen im Geiste der Freiheit mehr geben.



»Minima Mortalia« von Werner Köhne erscheint bei Sodenkamp & Lenz. 216 Seiten, 27,50 Euro. Nachwort von Gunnar Kaiser. Bestellung via demokratischerwiderstand.de.

Impfstoffe: Regen oder Traufe

Wie wahrscheinlich ist die Genmanipulation unserer Zellen? | Beitrag von Markus Fiedler

Egal welcher Impfstoff gegen Corona im Einsatz ist, es fehlen nach wie vor die Langzeitstudien, um Nebenwirklungen nachzuweisen beziehungsweise auszuschließen.

Der Biontech-Pfizer Impfstoffkandidat BNT162b2 ist bekannt unter den Handelsnamen »Comirnaty« oder »Tozinameran«. Er basiert auf einer einsträngigen, linearen mRNA, die das Gen für ein Oberflächenstruktur-Eiweiß des Corona-Virus Sars-Cov-2 enthält. Es handelt sich dabei um das sogenannte *Spike*-Protein. Diese mRNA ist in kleinste Fetthüllen verpackt, sogenannte Nanolipidhüllen. Die genaue Zusammensetzung dieser Nanolipide (LNP) ist ein Betriebsgeheimnis von Biontech-Pfizer. Diese kleinsten Fetthüllen sollen die mRNA vor Abbau schützen und den Eintritt der mRNA in die Zellen der geimpften Personen ermöglichen. Nach dem Eintritt der mRNA in die Wirtszellen wird die mRNA abgelesen und das Spike-Protein zusammengebaut und als Antigen auf der Zelle dem Immunsystem präsentiert. Soweit, so gut.

Als Nebenwirkungen werden hier immer wieder schwere allergische Reaktionen bis hin zum anaphylaktischen Schock beschrieben. Grund dafür solle zum Beispiel PEG (Polyethylenglycol) sein, das in den Lipidhüllen enthalten ist.

Der Impfstoff von Astrazeneca mit der Typenbezeichnung AZD1222 ist bekannt unter dem Handelsnamen »Covid-19 Vaccine Astrazeneca« oder auch unter der sperrigen Bezeichnung »ChAdOx1 S [recombinant]«.

Der Vektor-Impfstoff basiert auf dem Schimpansen-Adenovirus. Die genetische Information liegt auf doppelsträngiger, linearer DNA vor. Produziert wird dieser in gentechnisch veränderten menschlichen embryonalen Nierenzellen. Auch dieser Impfstoff bringt die Wirtszellen dazu, das Spike-Protein zu produzieren.

Prinzipiell besteht bei DNA-basierten Impfstoffen immer die Gefahr, dass das Genmaterial in die DNA der Wirtszelle eingebaut wird. Dieser Einbau geschieht zum Beispiel, wenn in den Wirtszellen das Genom den Bauplan für virale Proteine trägt, die so einen Einbau ermöglichen (Stichwort: »Retrotransposons«) und diese Gene zufällig aktiviert werden. Dazu muss man wissen, dass Viren aller Art die gesamte Entwicklung unserer Spezies begleitet haben und in unserem Genom einige Viren »inaktiv« schlummern, weil sie sich dort quasi »eingeschlichen« haben. Jeder Mensch trägt mehr oder weniger von diesen Viren-Bauplanpaketen, die wiederum im Einzelnen die Baupläne für verschiedene molekulare Werkzeuge, sogenannte »Enzyme« enthalten. Werden diese Enzyme zufällig hergestellt, so könnten die Impfstoff-Erbinformationen in das Genom der Wirtszelle integriert werden. Dann wären die betroffenen Menschen selbstverständlich dauerhaft genmanipulierte Organismen. Die Wahrscheinlichkeit dafür ist für die einzelne Zelle gesehen sehr gering. Dabei darf man nicht vergessen, dass der Mensch mehrere Millionen Zellen in seinem Körper hat.

Der Einbau der RNA-codierten Gene beim Biontech BNT162b2 ist auch denkbar, wenn auch unwahrscheinlicher, da die RNA erst in DNA umgeschrieben werden müsste und erst dann in das Wirtsgenom integriert werden könnte.

DIE NEBENWIRKUNGEN BEIDER IMPFSTOFFE IM ÜBERBLICK

Laut *gelbe-liste.de* sollen diese Nebenwirkungen in den allermeisten Fällen bei beiden Impfstoffen nur minderschwer sein. Laut Wochenblick.at fallen regelmäßig 15 bis 25 Prozent des gerade geimpften Personals in Kliniken nach Impfungen mit AZD1222 aus. In der Epoch-Times liest man dazu: »Mehr als 1.000 Geimpfte in den USA berichteten von unerwünschten Ereignissen. Den amerikanischen Behörden liegen zudem 17 Berichte über lebensbedrohliche Ereignisse und zwei Berichte über permanente Behinderungen vor. Statistisch betrachtet ist die Corona-Impfung damit 183-mal gefährlicher als andere Impfstoffe.«

BNT162b2	AZD1222
Die häufigsten Nebenwirkungen bei Probanden der klinischen Studien ab 16 Jahren waren: • Schmerzen an der Injektionsstelle (>80%) • Müdigkeit (>60%) • Kopfschmerzen (>50%) • Myalgie (>30%) • Schüttelfrost (>30%) • Arthralgie (>20%) • Pyrexie (>10%)	Die am häufigsten berichteten Nebenwirkungen in klinischen Studien waren: • Empfindlichkeit an der Injektionsstelle (> 60%) • Schmerzen an der Injektionsstelle, Kopfschmerzen, Müdigkeit (> 50%) • Myalgie, Unwohlsein (> 40%) • Pyrexie, Schüttelfrost (>30%) • Arthralgie, Übelkeit (> 20%)

Zusätzlich berichtete Prof. Dolores Cahill von möglichen negativen Wirkungen von Impfungen gegen Sars allgemein mit Verweis auf Studien an Mäusen und Frettchen. Demnach begünstige die Impfung die Gefahr eines schweren Krankheitsverlaufes bei nochmaliger Infektion mit einem mutierten Virus und verhindere diesen nicht – Stichwort: Zytokinsturm. Bisher sind keine Studien bekannt, die diese Befürchtung an den aktuellen Impfstoffen bestätigen, weil dazu unter anderm Langzeitbeobachtungen fehlen. Siehe auch Kommentar Seite 4



MELDUNG

TOTE NACH CORONA-IMPFUNG

Wien/DW. In Österreich ist eine 49-jährige Krankenschwester in Folge schwerer Gerinnungsstörungen gestorben. Eine 35-Jährige überlebte knapp eine Lungenembolie. Beiden Frauen waren mit dem Covid-19-Impfstoff von Astrazeneca geimpft worden. Die entsprechende Charge des Impfstoffs wurde daraufhin eingezogen. Eine Obduktion soll den Todesfall klären. (sma)

KEINE AUSNAHMEN FÜR GEIMPFTE

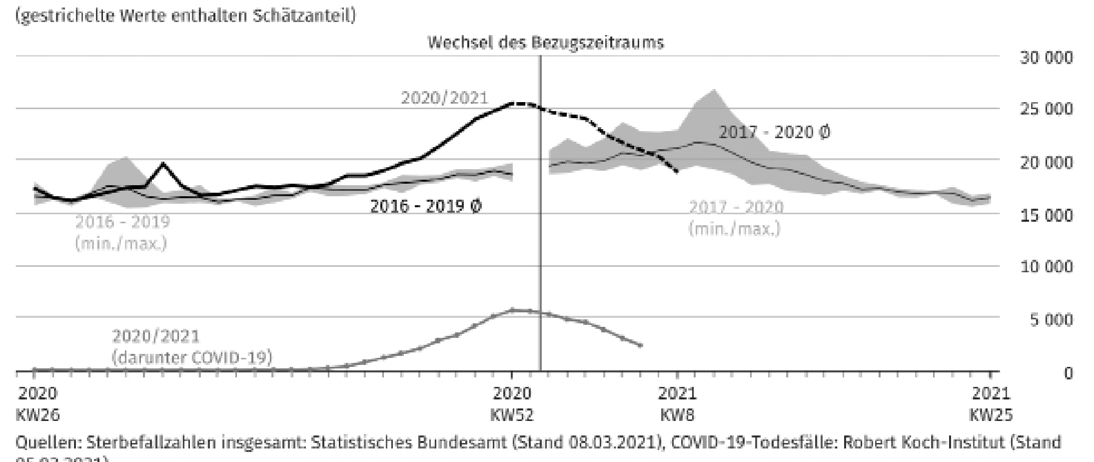
Freiburg/DW. Ein Seniorenzentrum darf auch für seine geimpften Bewohnerinnen und Bewohner sowie solche mit überstandener Corona-Infektion den gastronomischen Betrieb in einem Gemeinschaftsraum nicht wieder öffnen. Das hat das Verwaltungsgericht Freiburg mit Beschluss vom 3. März 2021 entschieden. »Es sei derzeit nicht wissenschaftlich bewiesen, dass eine Übertragung auf und durch geimpfte Personen oder solche, die die Infektion überstanden haben, nicht mehr möglich sei«, heißt es in der Pressemitteilung des Gerichts. (sma)

STUDIE: 16 PROZENT DER SCHÜLER DENKEN AN SELBSTMORD

Wien/DW. Eine österreichische Studie untersuchte die psychische Gesundheit von rund 3000 Schülern. Dabei zeigte sich ein deutlicher Anstieg psychischer Symptome: 55 Prozent leiden unter einer depressiven Symptomatik, die Hälfte unter Ängsten, ein Viertel unter Schlafstörung und 16 Prozent haben suizidale Gedanken. »Die Häufigkeit depressiver Symptome, Angstsymptome aber auch Schlafstörungen hat sich mittlerweile verfünf- bis verzehnfacht, Tendenz steigend. Die Ergebnisse sind besorgniserregend. Insbesondere, dass so ein hoher Anteil an Jugendlichen aktuell suizidale Gedanken hat«, so der Studienleiter Univ.-Prof. Dr. Christoph Pieh von der Donau-Universität Krems. (sma)

SCHWEIZ STIMMT GEGEN DIGITALEN AUSWEIS

Bern/DW. Bei einer Abstimmung hat die Mehrheit der Schweizer gegen eine elektronische Identität (E-ID) gestimmt. Kritisiert wurde vor allem die Rolle der privaten Unternehmen, die die E-ID hätten ausstellen sollten. (sma)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

MELDUNG

MERKEL WILL NOCH »DREI, VIER SCHWERE MONATE«

Berlin/DW. »Das Ufer sehen wir ja auch nicht«, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bei einer geschlossenen Veranstaltung mit dem Titel »Bürgerdialog« am Mittwoch in Berlin. »März, April, Mai, Juni« solle das Notstandsregime fortgesetzt werden, so Merkel, »das sind jetzt noch drei, vier schwere Monate«. Bei der Finanzkrise ab 2007 sei, so Merkel, die Sache klarer gewesen, weil die Banken einfach mit Geld hatten versorgt werden müssen. Ende 2019 begann der Finanzcrash mit dem Einbruch der US-amerikanischen Repo-Märkte. Kurz darauf trat Corona auf den Plan (DW berichtete). (ale)

OBERVERWALTUNGSGERICHT KIPPT SCHIKANEN GEGEN EINZELHÄNDLER

Saarbrücken/DW. Das Oberverwaltungsgericht des Saarlandes hat die Maßnahmen gegen Einzelhändler und Gewerbetreibende beendet. Damit entfallen die von der verfassungswidrigen Bund-Länder-Runde beschlossene Quadratmeterbeschränkungen (1 Kunde je 40 qm) und die Maßnahme »Einkaufen nur auf Termin«. Das Gericht stellte fest, dass die Regelung unter anderem das Grundrecht auf Berufsausübungsfreiheit verletzt. Es bestünden »erhebliche Zweifel an der Verhältnismäßigkeit« (Az. 2 B 58/21). Das Corona-Regime bevorteilt seit einem Jahr vor allem US-Online-Konzerne und Fast-Food-Ketten. (ale)

SÖDER VERWEIGERT AUSKÜNFTE

München/DW. Nach der DW-Berichterstattung über den Einsatz von schwerbewaffneten Kommandos gegen einen britischen Juristen der Demokratiebewegung in Berlin (siehe DW N°38), verweigert die Staatskanzlei unter dem noch amtierenden Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) bislang sinnvolle Auskünfte. Siehe auch Seite 5. (red)

GEISEL WILL RIGAER STRASSE STÜRMEN LASSEN

Berlin/DW. Das weltbekannte alternative Wohnhaus der Berliner Rigaer Straße 94 soll gestürmt werden. In der ablaufenden Woche war die Straße großräumig von Polizei abgeriegelt worden. Dies geschah laut »rot-rot-grünem« Berliner Senat wegen einer »Brandschutzprüfung«, gegen die die Bewohner laut deren Erklärung keine Einwände hätten. Die »Brandschutzprüfung« für Donnerstag sei aber abgesagt worden, hieß es am Mittwochabend. Federführend für die Aktion sind der Berliner Innensenator Andreas Geisel (SPD) und die im April ins Amt gehievte fachfremde Polizeipräsidentin Barbara Slowik. Der »rot-rot-grüne« Berliner Senat und Bürgermeister Michael Müller (SPD) hatte im Jahr 2020 bereits das Homosexuellenwohnhaus Liebigstraße 34 und den Seniorentreff »Syndikat« räumen lassen. Investoren und Parteispender wollen am Ort Spekulationsgewinne realisieren. (jro)

Verelendung unter Corona

Umfangreiche Studie: Das Notstandsregime erzeugt Verarmung – und Gewinner.

Die Konsequenzen des Notstandsregime sind noch schlimmer, als angenommen. Umfassende Sozialstudie »Datenreport 2021« belegt Gewinner und Verlierer des Pandemieplans. Jugendliche und Alleinerziehende am stärksten betroffen.

Die Studie wäre dick wie ein Schinken, wenn er gedruckt vorliegen würde: Auf rund 530 Seiten legt der methodische »Datenreport 2021« dar, wie sehr der Ausnahmezustand insbesondere ärmere Menschen bereits in die Verelendung getrieben hat. Die staatliche Studie formuliert vorsichtig: »Die soziale Ungleichheit nimmt zu« (Seite 271). Die Einkommensentwicklung ist der Studie zufolge unter Corona je bei einem Fünftel der im Niedriglohnsektor arbeitenden und den Arbeitern noch weiter stark rückläufig. Unter den befragten Büroangestellten machten diese Angabe rund 15 Prozent.

Unter Facharbeitern und vergleichbaren büßten 10 Prozent stark ein. Am heftigsten traf der Maßnahmen-Schock alleinerziehende Väter und Mütter sowie Selbständige und Freiberufler. Von diesen Gruppen hat rund ein Viertel die Existenzgrundlagen verloren. Der Datenreport 2021 stellt auch klar, dass das von Regierungs- und Konzernmedien erzeugte Bild von »Homeschooling« (Computervideos statt Schulbesuch) sowie das »Homeoffice« (Emails und Telefon zu Hause beantworten statt im Büro) auch effektiv kaum Erfolge zeitigt – und für den größten Teil der Leute gar keine Rolle im Leben spielt. Mehr Freizeit ohne Einkommensverluste bringt der Corona-Staat insbesondere hohen Staatsmitarbeitern, leitenden Büroangestellten und in etablierten Medienbetrieben.



Foto: Hendrik Sodenkamp

DAS KULTISCHE MANTRA DER »DIGITALISIERUNG«, DAS CORONA-REGIME UND DIE WIRKLICHKEIT

Die deutschen Straßenzeitungen im *International Network of Streetpapers* (internationales Straßenzeitungsnetzwerk) forderten bereits zum Jahreswechsel die Ministerpräsidenten der Bundesländer dazu auf, die wachsende Zahl Obdachloser in Deutschland endlich sicher unterzubringen. Und zwar in den vielen leerstehenden Hotels, in Einzelzimmern. Zudem kritisieren die Straßenblätter, dass die Sozialarbeiter, anstatt zu den Menschen auf die Straße zu kommen, im *Homeoffice* blieben. Bild: Obdachlose zelten vor dem Apple-Laden in Hannover. (red)

VERHEERENDE ABWÄRTSENTWICKLUNG

Bei der Vorstellung der Studie wies Philip Wotschak vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) auf die verheerende Abwärtsentwicklung hin: »Einmal unter die Armutsgrenze abgerutschte Haushalte, bleiben immer öfter und länger auch unter der Armutsgrenze«. Die Studie, die das Fiasko der Maßnahmenfolgen bloßstellt, ist dabei sogar aus staatsfinanzierten Einrichtungen hervorgegangen. Der Sozialbericht wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen mit dem Statistischen Bundesamt, dem WZB, dem Sozioökonomischen Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sowie dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung herausgegeben.

Text der Studie unter destatis.de

Impfungen: Versuch und Irrtum

Ohne Langzeitstudien finden Menschenversuche statt. | KOMMENTAR von Markus Fiedler

Wir stehen vor einer recht unübersichtlichen Datenlage zum Thema Sars-Cov-2-Impfungen. Aerzteklaerenauf.de ist beispielsweise eine der sehr kritischen Seiten zu diesem Thema. Seiten wie *gesundheitsinformation.de* sehen hier deutlich weniger Probleme und raten recht offensiv zum Impfen, wobei sie sich nicht auf einen Impfstoff festlegen.

Das könnte daran liegen, dass die Seite von der »Stiftung für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen« betrieben wird. Diese wird unter anderen von den bundesdeutschen Krankenkassen finanziert. Die Bestellung der Institutsleitung erfolgt laut Wikipedia im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit. Auch die Mainstream-Medien bewerben unisono die Sicherheit aller Sars-Cov-2-Impfstoffe. Besonders der allgemein auf Ablehnung stoßende Impfstoff von Astrazeneca wird derzeit in den Himmel gelobt. Soll man sich also impfen lassen? Das ist Ihre Entscheidung.

Molekulargenetiker haben in den letzten Jahren eine riesige Menge an Entdeckungen gemacht. Ihr Fachwissen zum Thema Erbgut und den Regeln, wie dieses Erbgut funktioniert, hat sich geradezu exponentiell gesteigert. Dennoch kann das nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Genetik noch weit davon entfernt ist, die molekularen Mechanismen in der Biologie vollständig zu verstehen oder gar sicher vorhersagen zu können. Daher arbeiten die Wissenschaftler nach dem kindlichen, aber auch sehr erfolgreichen Prinzip von Versuch und Irrtum. Das nennt sich dann »Empirie«.

Die durch geschlechtliche Vermehrung bedingte Unterschiedlichkeit der Menschen untereinander hat einen massiven Einfluss auf die Wirkung und Nebenwirkung von Impfstoffen. Das ist der Grund für lang angelegte klinische Studien, die wir dringend brauchen, um mit dem Prinzip »Versuch und Irrtum« vor allem Langzeitnebenwirkungen von Impfstoffen zu erkennen. Eine Zulassung eines Impfstoffes dauert so normalerweise in etwa zehn Jahre. Und genau an diesen Voruntersuchungen und deren abschließender Bewertung fehlt es bei den aktuellen Impfstoffen, die schon zur massenhaften Anwendung vorläufig zugelassen sind, bevor die Studien ausgewertet wurden.

Den daher derzeit unvorhersehbaren Folgewirkungen der Impfungen steht das inzwischen nachgewiesenen relativ geringe Risiko gegenüber, an Sars-Cov-2 tatsächlich schwer zu erkranken, Langzeitfolgen davon zu bekommen oder gar zu sterben. Auch die Gesamtzahl der 2020 insgesamt in Deutschland Verstorbenen ist mit circa 982.489 nur unauffällig höher gegenüber den rund 972.000 Toten, die zu erwarten gewesen wären.

EXPERIMENTE DER TRANSHUMANISTEN

Mit Leichtsinn und ohne Not am Menschen Veränderungen durch Impfungen zu machen, ohne die Langzeitfolgen der Impfungen zu kennen, ist unverantwortlich. Experimente aufs Geratewohl kann man an gerne an irgendwelchen Konsumgütern machen. Wenn diese dann nicht mehr richtig funktionieren oder vollständig den Dienst versagen, kann man ja neue kaufen. Menschen kann man nicht »neu kaufen«, wenn sie Langzeitschäden durch Impf-Experimente erleiden oder sterben sollten. Oder vielleicht demnächst doch? Transhumanisten arbeiten daran. Schöne neue Welt.



Spezialeinheiten dieses Landes sollen die Bürger vor Schwerstverbrechern schützen. *Foto: privat*

Statt Spaltung: Polizeisondereinheiten erklärt

Wer sind eigentlich die Uniformierten, die bei Ärzten und Juristen eindringen? | Von Vicky Richter

Sind es tatsächlich die Sondereinheiten der deutschen Polizei – das Sondereinsatzkommando (SEK) oder das Mobilen Einsatzkommando (MEK) –, die Ärzte um sechs Uhr morgens aus ihren Betten zerren und sie, wie in einem schlechten Action-Film aus Hollywood, in der Mitte des Raumes spärlich bekleidet sitzen lassen und ihnen die durchgeladene Maschinenpistole an den Kopf halten?

Durchsuchungen bei Ärzten oder Juristen – wie sie in den vergangenen Monaten immer wieder durchgeführt werden (DW berichtete) – sind keine Zeichen einer gesunden Demokratie. Doch oft wird dabei die Polizeieinheit verkannt. Denn derartige Hausdurchsuchungen werden nicht von einem SEK oder MEK durchgeführt, sondern von einer anderen Dienststelle der Polizei, nämlich den sogenannten Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE/BFE+) oder in Bayern dem Unterstützungskommando (USK). Das Aufgabengebiet eines BFE/USK umfasst darüber hinaus auch den Einsatz bei gewalttätigen Demonstrationen, Fußballspielen mit hohem Störerpotential und bei Großveranstaltungen.

MYTHOS SEK ENTZAUBERT

Aber was genau machen denn die einzelnen Spezialeinheiten der Polizei oder auch der Bundeswehr und wer profitiert am meisten davon, wenn das Volk und die Bürger in Uniform durch solche Mythen gespalten werden?

Alle Spezialeinheiten, egal ob SEK oder MEK sind hochqualifizierte Einheiten für den Kampf gegen Terrorismus, Waffen- und Drogenhandel wie auch Menschen- und Kinderhandel. Sie werden eingeschaltet bei Täterprofilen, die eine hohe Fluchtgefahr zeigen und wo damit gerechnet werden muss, dass Waffen im Spiel sind. Aus internen Quellen der Spezialeinheiten der Polizei ist bekannt, dass eine SEK-Einheit niemals in schwarzer Uniform mit Helm und *Crowd-and-Riot Control*-Ausrüstung, also Ausrüstung zur Massen- und Aufstandsbekämpfung, Wohnungen von Ärzten oder Juristen stürmen würde. Die geläufige Kleidung solcher Trupps ist steingrau-oliv und sieht eher einer Soldatenuniform ähnlich, im Gegensatz zur Uniform der USKs, denen man auf Demos in Bayern öfters begegnet und die daher vielen Demonstranten bekannt sind. Außerdem greift das SEK in Zivil mit steingrau-oliv farbener Schutzweste zu. Sondereinheiten, die auf einem sehr hohen Niveau agieren, verwenden keine Maschinenpistolen, sondern sind mit einem sogenannten *»Fabrique Nationale Special Operations Forces Combat Assault Rifles* (FN SCAR)«, also einem Multikalibergewehr, ausgerüstet und eher militärisch aufgestellt.

MITTLERE ODER HOHE GEFAHRENLAGE?

Einheiten wie das SEK oder MEK sind der Landespolizei eines Bundeslandes zugehörig und können nur in ganz bestimmten Fällen länderübergreifend eingesetzt werden. Zum Beispiel, wenn man einen straffälligen Polizisten überführen möchte, und dies auch vor dessen Dienststelle etc. geheimhalten muss, um etwaige Fluchtversuche durch Warnungen oder Tipps im vornherein ausschließen zu können. Es mag auch etwas altmodisch oder verstaubt klingen, jedoch ist es so, dass in solchen Spezialeinheiten, wie dem SEK, keine Frauen eingesetzt werden, die einzige Ausnahme ist hier Hamburg mit der »gemischten Einheit«. Wenn also Frauen mit von der Partie sind, handelt es sich mit Sicherheit nicht um ein SEK.

Das BFE oder BFE+ wird bei einer geringen bis mittleren Gefahrenlage von der zuständigen sachbearbeitenden Stelle hinzugezogen. Ein SEK wird bei einer hohen Gefahrenlage angefordert. Die besteht zum Beispiel bei einem hohem Fluchtrisiko oder bei jeglicher Beteiligung von Waffen (Handgranaten etc.) oder bei einem Terrorverdacht. Das MEK hat seine Hauptaufgabe in den Bereichen Observation (Erstellen von Bewegungsbildern und -mustern plus Festlegen späterer Zielpersonen für das SEK) und Zugriff in bestimmten Fällen – zum Beispiel bei Verbrechen im Bereich Drogenhandel, Rotlicht- oder Gelddelikten, bei denen keine Waffen mit im Spiel sind.

Das BFE führt seine Zugriffe in schwarzen Uniformen durch. Ferner ist das BFE auch die Einheit, die die »ausgedienten« Waffen der Sondereinheiten erhält und diese mit sich führt. Da kann es schon einmal passieren, dass man als Laie diese doch sehr unterschiedlichen Einheiten verwechselt.

Wer könnte davon profitieren, wenn SEK, MEK, GSG 9 oder KSK durch die Medien geframed und zum Gegner oder Feindbild gemacht werden? Wer ist in der ganzen Geschichte der »Böse«? Sicher nicht SEK- oder BFE/USK-Beamte, sondern Regierungen, die für ihre Agenda die Polizei letztlich instrumentalisieren und für ihre Zwecke missbrauchen.

Reicht es denn nicht, dass Ärzte, die ihren Job noch ernstnehmen, von der Polizei in ihren Praxen und zu Hause besucht werden? Wem nützt diese Überdramatisierung, durch die Volk und Polizei gespalten und die Spezialeinheiten diskreditiert werden? Liegt deren Schwächung etwa im Regierungsinteresse? Aber der Regierung sollte bewusst sein, was ein SEK, die GSG 9 oder die KSK der Bundeswehr alles können und leisten müssen. Fehlender Respekt vonseiten der Regierung genau den Einheiten gegenüber, die die Bürger dieses Landes vor Schwerstverbrechern oder Terroristen im In- und Ausland schützen sollen, führt genau zu den medialen Zersetzungsversuchen, die momentan stattfinden. Wie kann es sonst sein, dass 80 Soldaten einer 280 Mann starken Einheit, einer Einheit, die Dinge sieht, die in keinem Kriegsfilm aus Hollywood gezeigt werden können, sich wegen psychischen Problemen krankschreiben lassen? Sollte ein Dienstherr sich nicht um seine »Mitarbeiter« kümmern, anstatt diese den Medien zum Fraß vorzuwerfen?

Spezialeinheiten schützen uns alle vor konkreten Bedrohungen durch Terroristen und Schwerkriminellen und werden nicht gegen die Freiheitsbewegung oder Ärzte eingesetzt. Solche Einheiten haben wesentlich wichtigere Aufgaben, als politisch motivierten Maskenzwang etc. durchzusetzen. Die Bevölkerung sollte hinter diesen Einheiten stehen, die bei echten Bedrohungen unserer Sicherheit ihr Leben für die Bürger dieses Landes aufs Spiel setzen.

Vicky Richter ist ehemalige Zeitsoldatin der Bundeswehr (SAZ 8) und zertifizierte Sozialtherapeutin.



HAUSRECHT ODER RECHT?

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Es häufen sich die Fälle, in denen Anwälten und Prozessbeteiligten der Zugang zum Gerichtsgebäude oder Gerichtssaal mit vermeintlich höherrangigem Hausrecht verwehrt wird oder Prozesse vertagt werden, weil Beteiligte keine Maske tragen können.

Meine Kollegin Beate Bahner durfte diese Erfahrung kürzlich im Amtsgericht Göppingen machen, als eine Verhandlung kurzerhand vertagt wurde, weil sie der Aufforderung der Vorsitzenden zum Tragen einer Maske nicht nachgekommen war. Ich selbst wurde im Landgericht Ulm mit sechs Polizisten des Gebäudes verwiesen, weil ich mich geweigert hatte, eine medizinische Maske aufzuziehen, was in Gerichtsgebäuden, jedenfalls nach der baden-württembergischen Coronaverordnung, gar nicht verfügt werden darf. Mein Attest wurde zudem als nicht ausreichend angesehen, es enthalte keine Diagnose, die nach geltendem Recht in Baden-Württemberg ebenfalls nicht nötig ist.

Die Gerichte berufen sich auf ihr vermeintliches Hausrecht, was soweit führt, dass Prozessparteien verurteilt werden, weil sie nicht in den Gerichtssaal gelassen oder aus diesem entfernt werden, was den Straftatbestand der Rechtsbeugung erfüllen dürfte.

Eine Justiz, die mit ihren »Regeln« über die Coronaverordnung hinausgeht, handelt nicht auf Basis eines Hausrechts, sondern setzt willkürlich vermeintliches Recht ein, ohne Rechtsgrundlage. Es ist nicht Sache der Gerichte, auf die Corona-Verordnungen noch eins draufzusetzen. Dies gilt sowohl außerhalb des Gerichtssaales im Gerichtsgebäude, wo das Hausrecht des Direktors/Präsidenten gilt, als auch im Gerichtssaal, wo das Hausrecht des Vorsitzenden gilt.

Gemäß § 176 Abs. 2 GVG (Gerichtsverfassungsgesetz), der erst Ende 2019 ins Gesetz eingeführt wurde, ist eine Verhüllung im Gerichtssaal grundsätzlich unzulässig. Es können zwar nach § 176 Abs. 2 Satz 2 GVG Ausnahmen hiervon gestattet werden, allerdings nur, soweit die Kenntlichmachung des Gesichts weder zur Identitätsfeststellung, noch zur Beweiswürdigung notwendig ist. Da Mimik von Zeugen und Prozessparteien aber zwingend für eine objektive Beweiswürdigung notwendig sind, ist die Zulassung oder Anordnung einer Verhüllung (auch durch Masken) ein klarer und bei Kenntnis der Sachlage auch vorsätzlicher Rechtsbruch, mithin eine strafbare Rechtsbeugung durch das Gericht. Es sollte weiterhin eine Selbstverständlichkeit in einem Rechtsstaat sein, dass niemand von einem »gesichtslosen« Richter, der sich hinter einer Maske versteckt, verurteilt werden darf.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen via nichtohneuns.de!*

Auftakt zum Frühling der Demokratie

16 Demos in 16 Städten bundesweit diesen Samstag, Großdemo am 20. März in Kassel und ein Jahr Demokratiebewegung am 28. März in Berlin. | Von Sophia-Maria Antolulas

Unter dem Motto »Ein Jahr *Lockdown*-Politik, es reicht! Für Freiheit und Demokratie – friedlich aber bestimmt!« finden diesen Samstag in ganz Deutschland Demonstrationen statt. Die Organisatoren haben genug von autoritären Corona-Einschränkungen, den Ermächtigungen durch das Infektionsschutzgesetz und wollen ein Ende von Zensur und der Unterdrückung des offenen Dialogs. Gemeinsam mit Millionen, wenn nicht Milliarden stehen sie für:

- Unveräußerliche Grundrechte und Menschenwürde weltweit
- Freiheitlich-demokratische Grundordnung
- Verhältnismäßigkeit
- Politik als Dienst an der Gesellschaft
- offenen Dialog.

Wir werden alle da sein: In voller Blüte steht die Demokratie am 20. März. Die Initiative Freie Bürger Kassel lädt zur Großkundgebung und Demonstration in ihre Heimatstadt ein. Aber nicht nur Deutschland, sondern gleich die ganze Welt. An diesem Tag werden in vielen Städten in anderen Ländern ähnliche Veranstaltungen stattfinden, die via Livestream miteinander vernetzt sind. Die Teilnehmer aus den unterschiedlichen Ländern bilden zusammen eine gigantische, weltweite Großdemonstration. Bilder, die um die Welt gehen werden, um den Menschen Mut zu schenken und ein positives Zeichen für Zusammenhalt zu setzen.

Wo alles begann: Am 28. März ist der Jahrestag der ersten Demonstration, beziehungsweise des ersten Spaziergangs, auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin. Vor genau einem Jahr reichte es einigen mutigen Demokraten, die schon damals erkannt hatten, dass es bei dieser Krise nicht um Gesundheit geht. Ein Jahr später feiern wir hier die Demokratiebewegung. Unser Sieg wird umfassend sein.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

13.03.2021 13-15 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Blume-Brunnen (Lange Str. 2)	Kundgebung »WIR müssen reden...«
13.03.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
13.03.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
13.03.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Bad Ischl, Kurpark	Spaziergang für Zusammenhalt & Aufhebung der Corona-Maßnahmen
13.03.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Amstetten, Hauptplatz	Spaziergang
13.03.2021 17-18 Uhr (täglich)	Gerlingen, Solitudestr. 20	Mahnwache für Änderung der Besuchsregeln in Kliniken
13.03.2021 14-18 Uhr (jeden Sa)	Köln, Parkplatz Heinrich-Rohlmann-Str. 1	Autokorso für Grundrechte
13.03.2021 17-19 Uhr (jeden Sa)	Kirchdorf a.d. Krems, Rathausplatz	Spaziergang
13.03.2021 18:30-19:30 Uhr (täglich)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Tägliche Mahnwache auf dem Marktplatz
13.03.2021 18-19:30 Uhr (jeden Sa)	Reutlingen, Marktplatz	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Wahrheit und Demokratie
13.03.2021 00-23:59	Everywhere, Europe-wide	Europe-wide Anti-Lockdown Demonstrations
13.03.2021 00-23:59	Deutschlandweit, Überall	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Stuttgart, Landtag	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	München, Bayerischer Landtag	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Berlin, Bundesministerium für Gesundheit	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Bremen, Marktplatz	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Hamburg, Rathaus	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 16-23:59 Uhr	Wiesbaden, Landtag	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Rostock, Rathaus	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Schützenplatz	Autokorso für Grundrechte
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Hannover, Landtag	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 15-19:30 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Aufzug
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Düsseldorf, Landtag	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 12-23:59 Uhr	Mainz, Schillerplatz	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Dresden, Königsufer	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Kiel, Landtag	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Erfurt, Domplatz	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 13-23:59 Uhr	Potsdam, Brandenburger Tor	Es reicht! - Bundesweite Aktion
13.03.2021 15-23:59 Uhr	Saarbrücken, Am Staden	Es reicht! - Bundesweite Aktion
14.03.2021 12:30-15 Uhr (jeden So)	Düsseldorf, Parkplatz P1 Messe (Lotzweg)	Autokorso für Grundrechte
14.03.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
14.03.2021 14-16 Uhr	Bludenz, Riedmillerplatz	Versammlung für Freiheit & Demokratie
14.03.2021 14:30-16:30 Uhr (jeden 2. So)	Illertissen, Marktplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
14.03.2021 14-17 Uhr	Aschaffenburg, Volksfestplatz	Autokorso für Grundrechte
14.03.2021 20-22 Uhr (jeden So)	Rheinstetten, Rappenwörthstr. 49	Abendspaziergang
15.03.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
15.03.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
15.03.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Bernau, Bahnhofsvorplatz	Montagsdemo Bernau
15.03.2021 18-19 Uhr (jeden Mo)	Schwäbisch Hall, Froschgraben	Querdenker-Treffen
15.03.2021 18-19:15 Uhr (jeden Mo)	Balingen, Parkareal Messegelände	Autokorso für Frieden und Freiheit
15.03.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Klagenfurt, Neuer Platz	Lichtermarsch
15.03.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Schloßstr.	Demokratieflashmob
15.03.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Osnabrück, Rathaus	Montagsdemo
15.03.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Stralsund, Alter Markt	Informationsaustauch & Spaziergang
15.03.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
15.03.2021 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Olympischer Platz	Autokorso Berlin West
15.03.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Montagsdemo
15.03.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Neubrandenburg, Marktplatz	Montagsspaziergang
16.03.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
16.03.2021 18-21 Uhr (jeden Di)	Dortmund, Parkplatz E2 Reymdamm	Autokorso für Grundrechte
17.03.2021 18-20 Uhr (jeden Mi)	Berlin, Paradiesstraße 256 (P+R S Altglienicke)	Autokorso Berlin Süd
17.03.2021 18-20 Uhr	Bochum, Kirmesplatz Gersteinring 52	Autokorso für Grundrechte
17.03.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawaplatz	Mahnwache Rosenheim
18.03.2021 19-20 Uhr	Traunstein, Stadtplatz	Lasst uns reden
18.03.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
18.03.2021 18-21 Uhr (jeden Do)	Hagen, Parkplatz Universitätsstraße	Autokorso für Grundrechte
19.03.2021 15:30-18:15 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für Frieden & Dialog
19.03.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Linz, Hauptplatz	Fest für die Freiheit
19.03.2021 16:30-19 Uhr (jeden Fr)	Kassel, Parkplatz Messehalle P1 Süd	Autokorso für Grundrechte
19.03.2021 17-19 Uhr	Abensberg, Gillamooswiese	Demo für Freiheit und Demokratie
19.03.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Weißenhorn, Rathausplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
19.03.2021 17:30-20 Uhr (jeden Fr)	Spremberg, Parkplatz Georgenstraße	Autokorso für Grundrechte
19.03.2021 18-20 Uhr (jeden Fr)	Berlin, P+R Parkplatz Böhlener Str. (U Hönow)	Autokorso Berlin Ost
20.03.2021 12-16 Uhr	Kassel, Königsplatz	Weltweite Mega-Demo
20.03.2021 16-18 Uhr	Klagenfurt, Ort auf Anfrage	Coronasprechstunde mit Schiessler & Rösch
20.03.2021 15-18 Uhr	Potsdam, Sanssouci	Sternfahrt aller Brandenburger Demokratikorsos
20.03.2021 17-20 Uhr	Sassnitz, Brückenplatz	Freiheitsmarsch
22.03.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
24.03.2021 15-19 Uhr (jeden 2. Mi)	Enzesfeld-Lindabrunn, Wiener Neustädterstraße	Arbeitsgruppe Positiver Wandel
24.03.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawaplatz	Mahnwache Rosenheim
27.03.2021 13:30-16 Uhr	Trier, Niederkircher Str. 42	Autokorso für Grundrechte
27.03.2021 14-18 Uhr	Chemnitz, Parkplatz Johanniskirche	Großdemo
28.03.2021 14:30-18 Uhr	Berlin, Rosa-Luxemburg-Platz	Demo - Das Grundgesetz gilt auch heute
28.03.2021 14-16 Uhr	Passau, Klostergarten	Großkundgebung
28.03.2021 13:30-17:30 Uhr	Darmstadt, Karolinenplatz	Regierungsrücktritt & Frühlingserwachen
28.03.2021 14:30-18 Uhr	Berlin, Rosa-Luxemburg-Platz	Demo - Das Grundgesetz gilt auch heute
03.04.2021 00:00-23:59	Stuttgart, Canstatter Wasen	Demo für Grundrechte
01.05.2021 14-22 Uhr	München, Theresienwiese	Großdemonstration
01.08.2021 12-23:59 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Großdemo
29.08.2021 12-23:59 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Großdemo

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

Erfolgreiche Großdemo in Wien

Linke Kräfte noch nicht organisiert dabei – Gewicht der Rechten steigt. | Von Eric Angerer

Trotz Verboten und Polizeirepressalien sind am 6. März erneut zehntausende Menschen durch die österreichische Hauptstadt gezogen. Die Mainstream-Medien versuchen krampfhaft, die friedliche Protestbewegung zu diffamieren.

Die Stimmung war wieder ausgezeichnet: wütend, trotzig, entschlossen, kämpferisch. Trotz Einschüchterungen im Vorfeld und dem polizeilichen Verbot von zwölf Kundgebungen haben sich wohl an die 30.000 Menschen das Demonstrationsrecht genommen. Manche sprechen sogar von bis zu 50.000 Teilnehmern, es waren jedenfalls unüberschaubar viele, definitiv noch mehr als im Januar und Februar, die da bei sonnig-kaltem Wetter durch die Innenstadt fluteten.

Auch diesmal war die Bewegung wieder ausgesprochen heterogen. Die überwiegende Mehrheit Menschen aus der Arbeiterklasse oder der nicht-akademischen Mittelschicht. Unterrepräsentiert sicherlich öffentlich Beschäftigte, entweder weil sie stärker eingeschüchtert werden oder weil ihre Jobs momentan noch sicherer sind. Dafür waren sehr viele Frauen da und überproportional extra Angereiste aus der Provinz, außerdem zahlreiche Migranten aus Ost- und Südosteuropa. Und die riesige Mehrheit der Demonstranten war erneut politisch nicht organisiert oder auch nur eindeutig zuzuordnen.

Etwas verändert hat sich aber die Bedeutung der organisierten rechten Kräfte. Zwar sind FPÖ-Anhänger und Identitäre weiterhin nur eine relativ kleine Minderheit in der Bewegung und sie versuchen offensichtlich bewusst nicht, die Mobilisierungen für sich zu vereinnahmen. Da aber linke Kräfte nicht organisiert präsent sind, steigt das Gewicht der Rechten. Und diesmal hatte die FPÖ eine Kundgebung im Prater, einem Grüngebiet nahe der Innenstadt, angemeldet, die als Art »sicherer Hafen« diente und bei der Klubobmann Herbert Kickl eine Rede hielt, in der er die offizielle Politik in vielen Aspekten treffend kritisierte und die auch vielen Nicht-FPÖ-Fans aus der Seele sprach.

Die Polizei hat, wohl auf Weisung des ÖVP-Innenministers, die Gangart nochmals verschärft. Über 3.000 Menschen wurden wegen Verstößen gegen Maskenpflicht und Abstandsregelungen angezeigt, Organisator Martin Rutter verhaftet und schikanös lange festgehalten, willkürliche Festnahmen von friedlichen Demonstranten (sogar von älteren Frauen) durchgeführt. Nachdem Absperrungen und Einkesselungsversuche am Nachmittag an der großen Masse an Menschen gescheitert waren, wurden am frühen Abend Brücken über den Donaukanal gesperrt und so große Gruppen von abziehenden Demonstranten in einen Kessel getrieben, also Leute, die bereits nach Hause wollten, auf engem Raum zusammengepfercht und sogar mit Pfefferspray angegriffen. Offensichtlich eskalierte das Regime vorsätzlich, damit seine Medien dann aus einer friedlichen Manifestation von Zehntausenden ein extremistisch-gewalttätiges Bild machen können.

Die haarsträubenden Anwürfe sind diesmal folgende: Erstens wurde behauptet, dass Altnazi Gottfried Küssel auf der Demo gesichtet worden sei. Selbst wenn, so hätte das so wenig Einfluss auf den Charakter der Bewegung wie seine Teilnahme an der Besetzung der Au in Hainburg 1984. Zweitens will ein Journalist nach Kickls Kritik an der israelischen Corona-Politik unter einem der zehntausenden Zuhörer einen antisemitischen Kommentar gehört haben. Keiner meiner Freunde oder Bekannten hat solche Töne gehört. Das perfide an dieser Behauptung ist ja, dass sie nicht widerlegbar ist. Drittens sollen Demonstranten – aufgehetzt von Kickl – versucht haben, ein Parkhaus einer Versicherung »zu stürmen«, wobei ein Wachmann verletzt wurde. Hier möchte die Journaille offensichtlich ein bisschen Kapitol-Sturm-Grusel erzeugen. Real versuchten 20 bis 30 Demonstranten, dem mutwilligen abendlichen Polizeikessel durch das Parkhaus zu entkommen, die Polizei drängte nach – ob der Wachmann durch sie oder die Demonstranten verletzt wurde, ist gegenwärtig sehr umstritten.

Wie willkürlich die tausenden Identitätsfeststellungen und Anzeigen gegen Regimekritiker waren, zeigte der folgende Tag, an dem bei strahlendem Sonnenschein hunderttausende Wiener in den Parks und Weinbergen unterwegs waren – fast immer in Gruppen ohne Masken und ohne 2-Meter-Abstände. Das zeigt aber auch, dass sich immer weniger Leute an die Vorschriften der Obrigkeit halten und die Polizei dagegen machtlos ist.



Foto: Martin Lejeune/anniundmartin.demartin.de

BAUERN DEMONSTRIEREN MIT TRAKTOREN UND KÜHEN IN STUTTGART

Mit zahlreichen Traktoren und demonstrierenden Kühen haben protestierende Bauern in Stuttgart ihrem Ärger über unfairen Wettbewerb Luft gemacht. Nach Angaben der Polizei nahmen mehrere Hundert Fahrzeuge aus ganz Baden-Württemberg und auch zwei Kühe teil. Die Kühe im Widerstand seien nicht angemeldet gewesen, sagte eine Polizeisprecherin. Die Polizei habe daher den Verantwortlichen auf die illegal demonstrierenden Kühe hingewiesen.

Lichtermeer der Demokratie

Unser rasender Reporter Clark Kent über Erhellung und einen griechisch-rheinischen Superman.

Drei Wochen im Allgäu können einen Menschen verändern. Langsam verstehe ich die Bayern, zumindest die meisten.

Der Ministerpräsident ist ja schon schlimm genug, aber es gibt auch andere, auf die man sich einlassen muss. So das Grüppchen aus immer wieder denselben Spätjugendlichen, die sich hier gerne als Gegendemonstranten hinstellen und versuchen, die Versammlungen der Demokraten zu stören. So am Sonntag in Memmingen geschehen.vNoch bevor Superman die Moderation beginnen konnte, fingen zwei Störmelder an Laternen auf dem Gelände an, so laut zu tönen, dass die Versammlung um eine Stunde verschoben werden musste, bis diese entfernt waren. Den Störern im Auftrag von Merkels Konzernen droht nun eine Strafanzeige. Die Polizei war grundsätzlich entspannt, griff bei ärztlichen Attesten allerdings hart durch. In Bayern scheinen Ärzte den Polizisten egal zu sein — da herrschen andere Gesetze.

HERZENSWÄRME VERSUS MERKEL-*YOUTH*

Im Gegensatz dazu schien der Spaziergang in Kempten am Weltfrauentag völlig ohne Störung auszukommen. Es schlossen sich verschiedene Menschen an. Vielleicht lag es auch daran, dass die Veranstalter Wert auf ruhige Musik legten. Zum ersten Mal wurde der Abendspaziergang von »Augsburg unmaskiert« per Internetvideo live übertragen. Leider hatten die Teilnehmer keine der angekündigten Kerzen dabei, so dass davon wenig zu sehen war. Der Versammlungsleiter entschuldigte sich am Forum, wo sich der Zug für einen kurzen Aufenthalt versammelte, dass es nicht ganz geklappt hat. Um später auf dem Rückweg die Spaziergänger dann von einem wahren Lichtermeer am Rathaus überraschen zu lassen, dass eine H.e.l.f.a.-Familie dort platziert hatte. Als Zuschauer des Live-Streams hatten sie sich kurzerhand entschlossen, die fehlenden Kerzen aufzutreiben. Die Kerzen erhellten nicht nur den Weg entlang des Rathauses, sondern die Herzen und Gesichter der Passanten und Spaziergänger. Zurück am Hildegardplatz empfing uns dann wieder die Kemptener Demonstranten gegen Demokratie, dieselben Spätjugendlichen wie tags zuvor in Memmingen.

Nach Versammlungsende stellten wir Montagsspaziergänger spontan ihre Kerzen in Herzform zwischen sich und den offenbar nervlich angeschlagenen *Rich Kids* auf. Unabgesprochen richteten alle ihren Blick in Richtung der Schreier und formten ein Herz aus ihren Händen. Die Stille übertönte in diesem Moment tatsächlich das Laute.

Vielleicht braucht es Momente wie diese, um die Menschlichkeit, mit der wir alle verbunden sind, zu spüren.

POSTVERSANDABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zur auflagenstärksten Wochenzeitung der Republik gewachsen. Sie verkauft keine Anzeigen, sammelt keine Daten ein und ist von großen Mäzenen, Strukturen, Staaten und Regierungen unabhängig. Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Tausenden einzelnen SpenderInnen und freiwilligen VerteilerInnen, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist.

Parallel dazu möchten wir den Versuch unternehmen, den Widerstand als unabhängige und gedruckte Wochenzeitung für alle zu etablieren. Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit dem Betrag von 10 Euro in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse unseres Vereines. Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME ______________________

TELEFON + E-MAIL ______________________

STRASSE UND HAUSNUMMER ______________________

POSTLEITZAHL UND ORT ______________________

K.D.W. e.V.
Berliner Allee 150
13088 Berlin

Die Kunst der Verarbeitung

Oder die Geschichte eines Gemäldes | Von Hannes Henkelmann

Heute bin ich bei Maike zu Gast. Sie ist Mutter von vier Kindern und Holzbildhauerin, die sich in Sachen Kunst vor allem der Ölmalerei verschrieben hat.

DW: Wie kommen Sie und Ihre Familie mit den derzeitigen Maßnahmen zurecht?
Maike: Ganz gut. Die Kinder halten uns zwar im Homeschooling ordentlich auf Trab, aber wir sind sehr froh darüber, dass sie zurzeit nicht zur Schule gehen. Denn der Schulbesuch mit den Hygieneregeln und der Maske war für sie eine Qual. Zum Glück sind mein Mann und ich beruflich selbstständig, sodass wir uns in der Betreuung abwechseln können. Mir ist bewusst, dass andere Familien da größere Herausforderungen meistern müssen.

Also bleibt trotz Homeschooling noch Zeit für die Kunst?
Ich glaube, das ist eher eine Frage des wirklichen Wollens und dann eine Frage der Zeiteinteilung. Ich finde abends, wenn die Kleinen im Bett sind, oft Zeit, mich an die Staffelei zu setzen. Dort verfliegt sofort der Kummer und für den Moment ist alles gut. Beim Malen gibt es kein Corona, keinen *Lockdown*, keine Angst vorm Impfen oder irgendwelche anderen Sorgen. Da ist einfach nur Frieden.

Das Titelfoto zeigt sie neben einem Ihrer Kunstwerke. Wie ist es entstanden?
Das Bild zeigt meine Tochter am Tag ihrer Einschulung. Sie trägt zum ersten Mal diesen, mit Verlaub gesagt, Lappen vorm Gesicht. Sie müssen wissen, unsere Tochter hatte immer schon schnell Angst davor, nicht genug Luft zu bekommen. Selbst beim Kuscheln betont sie immer: *Mama, pass auf, dass meine Nase genug Luft kriegt!* Und als ihr



Die Masken-Einschulung der eigenen Tochter malerisch verarbeitet. Foto: Hannes Henkelmann

dann bei der Einschulung die Maske quasi aufgezwungen wurde, fing sie an zu weinen und hat mir ins Ohr geflüstert, *dass das Ding weg solle, sie bekäme keine Luft*. Dann auf einmal schaute sie zur Seite und irgendwie ins Leere. Ich habe ihren Blick schnell mit dem Handy fotografiert und später gemalt.

Was haben Sie in dieser Situation empfunden?
Ich fühlte mich traurig, weil es meiner Tochter schlecht ging. Dann ohnmächtig, weil ich sie nicht schützen konnte. Und wütend, weil wir in einer Zeit leben, in denen man als Mutter und Vater so entmachtet wird und man der Staatsgewalt so ausgeliefert ist.

Das Bild war meine Verarbeitung dieser ganzen Eindrücke, auf der einen Seite die Verzweiflung und Dunkelheit, aber auf der anderen Seite die Hoffnung und die Gewissheit – symbolisiert durch die Hand meines Herrn Jesus Christus, die aus dem Himmel ragt.

Wie schützen Sie im Alltag ihre Kinder vor möglichen Traumatisierungen?
Eigentlich haben wir uns zu Hause unsere eigene Blase gebaut. Corona ist für die Kinder hier kein großes Thema. Ich nehme sie beispielsweise nur dann mit zum Einkaufen, wenn es sich gar nicht vermeiden lässt. Und zudem versuche ich, vermutlich inspiriert durch den Film *Das Leben ist schön*, die Krise spielerisch zu bewältigen und dem Ganzen die Dramatik zu nehmen. Die Kinder wissen natürlich um Corona, aber sie wissen auch, dass sie keine Angst zu haben brauchen und dass die meisten Regeln nicht richtig sind, wir aber manchmal dieses Spielchen mitmachen müssen. Ich möchte halt, dass ihre Kindheit nicht durch Maske und Abstandhalten sondern von Nähe, Liebe und Unbekümmertheit geprägt wird.

Natürlich machen wir uns als Eltern viele Gedanken und Sorgen rund um dieses Thema, insbesondere um eine mögliche Impfpflicht. Aber ich merke auch, wie wichtig es ist, immer wieder loszulassen und sich von diesen Sorgen nicht in Beschlag nehmen zu lassen, denn sonst gerät man stimmungsmäßig leicht in eine richtige Abwärtsspirale. Ich tue meinen Teil, den ich tun kann, weiß aber, dass alles in Gottes Händen liegt und das gibt mir einen tiefen, inneren Frieden, auch wenn es um mich herum am Toben ist.

Abschließende Frage, sind Sie im Widerstand aktiv?
Auf den Demos habe ich einige Reden gehalten, um auf die Situation der Kinder und Familien aufmerksam zu machen. In unserer Widerstandsgruppe haben wir auch einen offenen Brief formuliert, Unterschriften gesammelt und ihn an alle Schuldirektoren der Region versandt. Die Zusammenarbeit in dieser Gruppe ist eine schöne Erfahrung, jeder bringt sich mit seinen Begabungen ein und daraus entsteht oft etwas Wunderbares. Ich habe hier viele interessante Menschen kennengelernt, und es sind dabei Freundschaften entstanden, die ich nicht mehr missen möchte.

Briefe an die Redaktion

USEDOM

Ich bin seit September 2020 Altersrentner und pendle seitdem zwischen Berlin und Usedom. Obwohl ich seit 30 Jahren nicht organisiert bin, denke ich, jeder heute muss versuchen, etwas zu tun: Mit einem Ex-Mitarbeiter meiner Firma war ich am 7.11. auch in Leipzig. Wir haben hautnah die Einschleusung der »einheitlich salopp gekleideten jungen Männer« gesehen. Mein Kollege – schon immer bei den Linken – wollte austreten. Leider ist er überraschend verstorben. Viele Linke oder links orientierte Deutsche haben in den letzten Monaten endgültig keine politische Heimat mehr. Also, ich würde auf der Insel etwas tun. Vielleicht kann man sich mal kurzschließen. – Reinhard S.

ANREGUNG

Ich wünsche mir, dass in der Zeitung zukünftig mehr Raum für einen Diskurs zu konkreten und unmittelbar notwendigen Veränderungen in verschiedenen Politikfeldern geben wird. Beispielsweise durch eine Diskussion zwischen Experten, die konträre Positionen vertreten. Wäre spannend und würde uns helfen, uns auf den anstehenden Wandel vorzubereiten und ihn zu gestalten. – Birgit R.

RICHTIGSTELLUNG

In Ihrer Darstellung der sogenannten Lebendimpfstoffe in »Eine Einführung in die Gentechnik« ist Ihnen ein Fehler unterlaufen. Da es keine Publikation gibt, in dem der Nachweis des Masern-Virus wissenschaftlich nachgewiesen ist und sogar ein Gerichtsurteil vom 16.1.2016, bestätigt am 1.12.2016 vom OLG Stuttgart darüber existiert, stellt sich die Frage, wie ein Lebendimpfstoff entwickelt wurde. Nach Ansicht aller Virologen haben Viren keinen Stoffwechsel, also sind sie auch nicht vermehrungsfähig. Helfen Sie mit, das Narrativ von krankmachenden Viren zu beenden und gleichzeitig eine neue Epoche der Medizin einzuleiten. Es gibt genauso wenig ein Isolat des Sars-Cov-2 Virus! – J. Brabender

IMMER NOCH WEIHNACHTEN

In Neuburg a.d. Donau in Bayern hängen immer noch die Weihnachtslichter in der Innenstadt. 35 Feuerwehrleute sind für das Auf- und Abbauen der Weihnachtsbeleuchtung zuständig. Weil in Bayern immer noch der Katastrophenfall herrscht, dürfen die Feuerwehrleute nur zu notwendigen Einsätzen ausrücken. Doch die Demontage der Weihnachtsbeleuchtung ist kein notwendiger Einsatz. Übrigens betrug die 7-Tage-Inzidenz zu dieser Zeit im Landkreis laut RKI 26,70. Vielleicht kann die Stadt die Beleuchtung gleich bis zum nächsten Weihnachtsfest hängen lassen. – A.R.



Vor der Millionendemo: Am 31. Juli 2020 versammelten sich bereits Tausende Demokraten mit der Ausgabe N° 14 dieser Wochenzeitung vor dem Bundestag und zogen durch die Stadt zur Volksbühne.
Foto: DW/Anselm Lenz

Merkel und Spahn – »hängt sie höher?«

Die Mainstream-Pressemeute feierte gerade eben noch die Bundesregierung. Jetzt ruft sie zu deren Sturz auf. | Von Hermann Ploppa

Wir reiben uns ungläubig die Augen: »Deutschland, das muss man leider sagen, wird derzeit grottenschlecht regiert, von der Bundeskanzlerin, von der Runde der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, von einigen Ministern, namentlich von Gesundheitsminister Jens Spahn.

Das muss Konsequenzen haben.« So textet aktuell Spiegel-Starkolumnist Dirk Kurbjuweit. Die Bild-Zeitung klagt an: Spahn habe die Chefs der großen Ladenketten abwimmeln lassen, die mit ihm über die neueste pfiffige Geschäftsidee der Schnelltests im Selbstversuch reden wollten. Arrogant ventilierte der Minister, die Bundesländer sollten sich doch statt seiner mit den lästigen Schnelltest-Bauchladenhändlern herumschlagen.

Doch Spahns Chefin Angela Merkel ist noch viel übler im Fadenkreuz. *Focus*-Kolumnist Jan Fleischhauer stöhnte über Merkel: »Jeder Tag mit ihr an der Spitze ist für das Land ein verlorener Tag.« Nanu? Die lieb gewonnene byzantinische Unterwürfigkeit ist plötzlich wie weggeblasen: »Mir ist unbegreiflich, dass über 60 Prozent der Deutschen in Umfragen immer noch Vertrauen in die Führungskraft der Regierung bekunden. Was ist mit den Menschen los? Muss man ihnen erst eine Fliegerbombe aufs Haus werfen, dass sie die viel gelobte Umsicht der Regierungschefin in Zweifel ziehen?« Und Susanne Gaschke in der Tageszeitung Die Welt: »Merkel ist offenbar umringt und abgeschirmt von ideologisierten Beratern und hat sich in eine Haltung der kompromisslosen Rechthaberei verrannt, aus der es keinen vernünftigen Ausweg mehr gibt.« Warum überkommt die Mainstream-Journalisten nun plötzlich der textilfreie Realitätssinn wie ein Pfingstwunder?

Wer hier jubelt angesichts solcher himmlischen Erleuchtungen, sollte lieber einmal genauer hinschauen. Was hat denn der Chor der Volksflüsterer genau an Merkel und Spahn zu bemängeln? Dieser Spahn hat die Geschäftemacher der Schnelltests vergrätzt. Spahn hat es nicht geschafft, die Digitalisierung der Gesundheitsämter energisch genug voranzutreiben. So verfügen bis jetzt lediglich 84 von 375 Gesundheitsämtern über die erforderliche Software zur Kontaktverfolgung von Sars-Cov-2-Infizierten/Kontaminierten. Und dann hat dieser Spahn die Lieferung von Impfstoffen verschlampt, sodass jetzt die Alten in den Heimen wehrlos den gefährlichen Viren ausgeliefert sind.

VORWÜRFE DER MAINSTREAM-MEDIEN LÄPPISCH UND ALBERN

Entschuldigung: Was ist mit den sechs Milliarden auf Halde liegenden FFP2- und medizinischen Masken? Was ist mit den Maskenhändlern, die bis heute ihr Geld nicht erhalten haben? Was ist mit dem systematischen Massenruin des gewerblichen Mittelstands? Warum nehmen die Sterbefälle in Pflegeheimen erst dann dramatisch zu, wenn in diesen Heimen massenhaft geimpft worden ist? Was ist mit der dramatischen Zunahme von psychischen Erkrankungen während der regierungsamtlich geschürten Corona-Panik?

Davon ist keine Rede beim momentan angesagten Merkel- und Spahn-Bashing. Angesichts des real vorhandenen massenhaften Leids im Zusammenhang mit der Corona-Kampagne erscheinen die von den Mainstream-Medien vorgebrachten Vorwürfe geradezu läppisch und albern.

UNMUT SOLL UMGELENKT WERDEN

Das Muster des Meinungsmanagements der Mainstream-Medien liegt indes deutlich sichtbar vor uns: Es gibt Unmut in der Bevölkerung. Und bevor sich der Unmut in klar artikulierte Fundamentalkritik an dem verantwortungslosen Geschäft mit der Angst verdichtet, muss der Unmut umgelenkt und umgedeutet werden. So kann man aus der aufkeimenden Opposition sogar noch neuen Schwung für die eigene Agenda gewinnen. Wichtig ist bei diesem Meinungsmanagement, dass die eigenen unredlichen Ziele mit berechtigter Kritik untrennbar verbacken werden: »Es gibt keine Idee, keinen Plan, wie es weitergehen soll. Um Fragen zu entgehen, schottet man sich ab. Mitte Februar waren die Vertreter von 40 Wirtschaftsverbänden in Berlin. Gerne hätten die Unternehmer ihre Kanzlerin gesprochen, um ihr zur schildern, wie die Welt außerhalb des Kanzleramts aussieht. Merkel fand leider keine Zeit für ein Treffen.« So Jan Fleischhauer. Daran ist richtig, dass Frau Merkel in aller Gemütsruhe die einheimische Wirtschaft ins Nirwana treibt. Das muss natürlich sofort mit einem Agendapunkt der Globalisierung verklebt werden: »Es gibt auch eine bemerkenswerte Regression ins Nationale.« Fleischhauer meint damit die Abschottung der Grenzen. Doch im gleichen Atemzug wird das Beharren auf die Rechte gewachsener Nationalstaaten in ein schlechtes Licht getaucht. Wer die genuinen Interessen der deutschen mittelständischen Wirtschaft vertritt, ist eigentlich in seiner Entwicklung zurückgeblieben oder gar zurückentwickelt (»regrediert«). Also: Die Leute, die jetzt an der Weisheit der Merkel-Regierung zaghaft zu zweifeln beginnen, werden gleich wieder zurückgeholt in die Globalisierungsagenda.

DOSSIERS ZUR DISZIPLINIERUNG DER VOLKSVERTRETER

Doch ist auch klar: Merkel und Spahn taugen nicht mehr länger als Verkaufsagenten der Globalisierung. Sie sind schlicht und ergreifend absolut unfähig. Und da ist es im Sinne eines Elitenwechsels durchaus hilfreich, gerade jetzt die offensichtliche Korruption der beiden Abgeordneten der Unionsfraktion, Nikolas Löbel und Georg Nüßlein aus dem Schubfach zu holen und ins Scheinwerferlicht zu zerren. Löbel hatte im letzten Frühjahr 250.000 Euro Provision für die Verkaufsvermittlung chinesischer Masken eingestrichen. Nüßlein kassierte in derselben Angelegenheit sogar 660.000 Euro. Natürlich sind diese Vergehen der Presse längst bekannt. Über die Abgeordneten werden Dossiers bei der Presse angelegt. Jeder Abgeordnete ist erpressbar und kann jederzeit mit einer gezielten Indiskretion zu Fall gebracht werden. So diszipliniert man die Volksvertreter. Und Spahn ist jetzt so verrückt, die Namen aller Bundestagsabgeordneten bekannt geben zu wollen, die sich in dem »Maskengate«-Skandal auf Kosten der Corona-Panik bereichert haben. Damit hat er ja verraten, dass diese Namen intern bekannt sind. Und dass man sich auf diese Weise gegenseitig erpressen kann. Ein feiner Verein, dieser Bundestag.

Neue Besen kehren gut. Und so wird mit der Keule der angeblichen Öffentlichen Meinung eine neuer Eliten-Liebling kreiert: die Grüne Partei. Plötzlich »entdecken« die Manager der gesteuerten »Öffentlichen Meinung«, dass die CDU in den Umfragen bei den anstehenden Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg massiv verlieren wird. Grüne sind auf der Siegerstraße, heißt es jetzt. Man weiß nicht erst seit heute, dass solche Voraussagen sich meistens als sogenannte sich selbst erfüllende Prophezeiungen auswirken: Weil alle glauben, dass die CDU abstürzt, werden viele die Grünen wählen. Wer will schon bei den Verlierern sein?

ROT-ROT-GRÜN IM ERDOGAN-MODUS

Obendrein hat in der letzten Zeit eine makabre Aktion unter den konkurrierenden Parteien stattgefunden, wer am gründlichsten und am brutalsten die Kritiker der offiziellen Corona-Politik im Erdogan-Modus niederschlägt. Dabei haben die Rot-Rot-Grünen Stadtregierungen in Berlin und Bremen den ersten Platz belegt. Besonders die imposante Großtat des Berliner Senats, die weltweit bewunderte Kulturszene der legendären Millionenstadt in ein trostloses Brachland zu verwandeln, hat in gewissen Kreisen Bewunderung ausgelöst. So etwas könnte man doch auch auf Bundesebene einmal durchpauken.

EXPERTENREGIERUNG ALS KONKURSVERWALTER

Über kurz oder lang ist dann auch die Ersatzreserve der Politiker-Sprechpuppen verschlissen. Zu hart ist der Kampf gegen die eigene Bevölkerung. Das hält keiner lange durch. Abzusehen ist, dass die Bevölkerung irgendwann überhaupt keine Politiker mehr sehen und hören mag. Das ist dann der Humus für »starke Männer« oder auch »starke Frauen«. Oder für »Expertenregierungen«. Dann werden Männer und Frauen aus der Wirtschaft anstelle von Politikern die Regierung übernehmen. Das ist aktuell in Italien der Fall: Der ehemalige Goldman Sachs-Vize Mario Draghi setzt jetzt die Agenda übergeordneter Finanzkreise in die Tat um. In Österreich regierte nach dem Ibiza-Skandal auch für kurze Zeit eine Expertenregierung. Ist der Nationalstaat erst einmal manövrierunfähig dank einer gezielten Verschuldungspolitik, könnte eine Expertenregierung als Konkursverwalter das Inventar des Nationalstaats abwickeln und – in letzter Konsequenz – an die Börse bringen. Das ist der Wunschtraum marktradikal-libertärer Kreise. Es könnte sogar gesagt werden: Was soll überhaupt eine Regierung? In der Tat: Belgien lebte über 600 Tage ohne Regierung – und kaum jemand hat's bemerkt.

Ein besserer Weg könnte sein, die Politik zu retten und mit basisdemokratischen, unbestechlichen Volksvertretern den korrumpierten Staatsapparat wieder instand-zu-besetzen.

Wasserstoff: Verpatzte Chancen

BMW hatte bereits um die Jahrtausendwende ein serienreifes Wasserstoffauto.
KOMMENTAR von Hermann Ploppa

Bundesforschungsministerin Anja Karliczek trat jetzt an die Öffentlichkeit mit einer groß angelegten Initiative der Regierung zur Förderung von Wasserstoff als Energiequelle.

56 Millionen Euro sollen an sechzehn Forschungsprojekte gezahlt werden. Die Geförderten sind Sieger des Ideenwettbewerbs mit dem schönen Namen »Wasserstoffrepublik Deutschland«. Denkaufgabe des Wettbewerbs: optimale Technologien für grünen Wasserstoff zu entwickeln. Grüner Wasserstoff ist ein Wasserstoff, der aus nachhaltiger Energie gewonnen wird. Man scheidet mit der sogenannten Elektrolyse aus H2O (vulgo auch: Wasser) den Wasserstoff vom Sauerstoff. Wasserstoff kann genauso gut wie Benzin durch Verbrennung Maschinen antreiben. Allerdings hinterlässt Wasserstoff keine Umweltgifte, sondern reagiert mit Sauerstoff und wird einfach wieder zu – Wasser!

Nun, ich kann diesen Hype der Bundesregierung nicht ganz nachvollziehen. Denn bei der Frankfurter Internationalen Automobilausstellung im Jahre 1999 stand ich neben einem serienreifen BMW, der komplett mit Wasserstoff angetrieben wurde. Der BMW Hydrogen 7 hatte eine satte Motorleistung von 260 PS unter der Haube. Er wies die typischen Schwächen von Pioniertechnologien auf. Aber das hätte man wuppen können, wenn man gewollt hätte. Es stand auch schon ein internationales Konsortium bereit, um in Nordafrika erzeugten Solarstrom über ellenlange Stromtrassen nach Europa zu liefern, der hier für die Elektrolyse sorgen sollte. Der Strom wäre so üppig geflossen, dass man die Verluste durch die langen Transportwege hätte verschmerzen können. Und die Länder des Maghreb hätten eine sichere Einkommensquelle gehabt.

Die Betreiber machten einen sehr siegessicheren Eindruck. Aber über die Jahre stiegen immer mehr Firmen aus. Das Konzept wurde weitergeführt von der *Trans-Mediterranean Renewable Energy Cooperation* (TREC) und dann von dem Konsortium Desertec. Doch dann sabotierten Lobbyisten der Atomwirtschaft und der Fossilwirtschaft das Projekt. 2014 blockierten die damaligen Bundesminister Westerwelle, Rössler und Peter Altmaier eine Konferenz von Desertec. Das Projekt dümpelte auf kleiner Flamme weiter und ist heute praktisch k.o. Das Konzept der solargetriebenen Elektrolyse wird jetzt von arabischen Konsortien weitergeführt. Die deutsche Wirtschaft ist nur noch als peripherer Teilhaber dabei. Jetzt sucht das deutsche Forschungsministerium verzweifelt nach Windenergie- oder Solarkapazitäten in Mitteleuropa für elektrolytische Wasserstoffgewinnung. Was bei dem zunehmenden Widerstand gegen neue Plätze für erneuerbare Energiegewinnung wohl aussichtslos ist. Willkommen in der Wasserkopfrepublik Deutschland!



Tristesse professionelle: Gastronomen wurden systematisch zerstört. Foto: privat

Verwässertes Bier

Nur Gastgärten zu öffnen, ergibt unternehmerisch keinen Sinn.

Wie reagieren eigentlich Café-, Restaurant- und Barbetreiber darauf, dass sie Gäste nur noch im Freien bewirten sollen?

»Eine Öffnung nur der Außengastronomie ist vielfach nicht darstellbar und unwirtschaftlich. Der Gastronom hat sein Personal aktiviert, Ware gekauft und kann dann nicht aufsperren«, erklärt Franz Richter, Chef der Dinzler Kaffeerösterei AG im bayerischen Irschenberg. »Die Vorbereitungen dauern je nach Größe den Betriebs zwischen drei und fünf Tagen, da braucht es schon eine große Außenfläche und konstant gutes Wetter, um profitabel wirtschaften zu können.« Viele Wirte, aber auch Gäste fragen sich, was sie bei einem dauerhaften Wetterumschwung tun sollen. Inzwischen hat das Oberverwaltungsgericht des Saarlandes die Pflicht zur Terminbuchung und die Beschränkung auf einen Kunden pro 40 Quadratmeter gekippt. Die jetzige Anordnung verletze das Grundrecht der Berufsausübungsfreiheit und die Eigentumsgarantie, urteilte das Gericht. Zudem bestünden angesichts der Infektionslage »erhebliche Zweifel an der Verhältnismäßigkeit der Betriebseinschränkungen«. Bleibt abzuwarten ob sich solche Justizurteile auch positiv auf die Gastronomie auswirken können. (hp)

Klasse statt Masse

Wieder einmal winkt der chinesische Volkskongress die Vorgaben der Kommunistischen Partei durch. | Von Hermann Ploppa



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

Alle Jahre wieder trifft sich der chinesische Volkskongress für einige Tage mit seinen 2.900 Teilnehmern. Delegierte aus allen chinesischen Provinzen kommen zusammen. Eine Arbeitsgruppe der Kommunistischen Partei Chinas hat die Beschlüsse zuvor ausgearbeitet. Das ist auch für Teilnehmer bundesdeutscher Parteitage ein durchaus bekannter Vorgang. Zugrunde liegen immer die gerade gültigen Fünfjahrpläne, diesmal der 14. Fünfjahrplan, der mit dem Jahr 2021 gerade erst beginnt. Sich objektiv aus erster Quelle zu informieren ist zugegebenermaßen schwierig, weil die chinesische Nachrichtenagentur *Xinhua* nur Plattitüden von sich gibt.

Der Volkskongress hat drei große Themenbereiche beackert. Es geht zum einen um Hongkong. Formal ist der südchinesische Stadtstaat eine autonome Provinz. Dennoch will China Hongkong mehr an die Leine nehmen. Dazu trägt bei, dass US-amerikanische Stiftungen Störer und Randalierer, sozusagen eine sinisierte Variante der Antifa, üppig bezahlen, um China zu destabilisieren. Zweitens will der Volkskongress die Wirtschaft neu ausrichten. Angesichts eines sich durch Corona entkoppelnden Weltmarktes muss China um den Preis des Überlebens die einheimische Wirtschaft stärken. Mit einem großen Arbeitsbeschaffungsprogramm sollen elf Millionen neue Arbeitsplätze in den Großstädten geschaffen werden, um sozialen Unruhen vorzubeugen. Denn die Arbeitslosigkeit ist durchaus erheblich. Sie soll laut Plan auf 5,5 Prozent abgesenkt werden. Dafür nehmen die Chinesen sogar ein Haushaltsdefizit von 3,2 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt in Kauf. Das Wirtschaftswachstum von 2,3 Prozent für 2020 wird man dieses Jahr locker übertreffen.

Der Rüstungsetat soll um 6,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Das klingt martialisch. China ist rüstungstechnisch ein Schwellenstaat. Mit 176 Milliarden Dollar für das Militär (laut SIPRI 261 Milliarden Dollar) liegt China weit vor seinem nächsten Verfolger Indien mit 71,1 Milliarden Dollar. Die USA allerdings haben, nimmt man alle in unterschiedlichen Ministerien versteckten Ausgaben des Rüstungsetats zusammen, mehr als eine Billion Dollar in seine Kriege investiert. Angesichts der zunehmenden Aggressivität des Westens gegen China, an der auch die Bundeswehr nicht unbeteiligt ist, ist die Steigerung des chinesischen Rüstungsetats eher moderat. China setzt vor allem auf einen Ausbau der nuklearen Abschreckung gegen die USA. Doch auch das Weltraumprogramm wird ausgebaut.

Schließlich noch Umwelt und technische Innovationen. Der chinesische Parteichef Xi Jinping versprach den Delegierten ein CO2-freies Chinas bis spätestens 2060. Tatsächlich hat China schon geliefert: Der weltweite Anteil Chinas an produzierter Solarenergie ist von 2010 mit zwei Prozent auf satte 32 Prozent im Jahre 2018 angestiegen. China ist zudem Weltmeister bei der Aufforstung neuer Wälder. Sogar der Umweltschutz soll durch »eine digitale Gesellschaft, eine digitale Regierung und ein gesundes digitales Ökosystem« seiner Vollendung zugeführt werden. Was das bedeutet: die 5G-Technologie lässt robotische Traktoren die Äcker umpflügen. »Künstliche Sonnen« in Form von Kernfusions-Atomkraftwerken liefern die gigantischen Strommengen, die durch die 5G-Technologie benötigt werden.

Und es wird wieder viel Geld in Grundlagenforschung gesteckt. Das ist möglich, weil in China der Staat die erste Geige spielt und sich nicht von Lobbygruppen vorführen lässt. Auf diese Weise hat China aktuell im zweiten Jahr in Folge mehr Patente angemeldet als die USA. Und der Versuch, Huawei aus Android und iOS zu kicken, hat die Chinesen mit der Entwicklung des eigenen Betriebssystems Harmony nur stärker gemacht. Es sind also zwiespältige Botschaften, die vom diesjährigen chinesischen Volkskongress ausgehen.

»Wir entscheiden, wie wir leben – und das mit vereinten Kräften«

Im Interview mit Michael Ballweg, Gründer von Querdenken-711, sprechen wir über ein Jahr Ausnahmezustand seit Ausrufung der Pandemie, die Erfolge und Lernkurven seiner Bewegung und das, was die gesamte Demokratiebewegung jetzt bewirken kann.

DW: Herzlich Willkommen in Berlin. Wir haben Sie hier lange nicht mehr begrüßt. Was treibt Sie in die Hauptstadt?

M. B.: Vielen Dank, ich bin immer wieder gern hier. Schließlich haben wir alle gemeinsam vergangenes Jahr mit den beiden August-Demonstrationen mit vielen Hunderttausenden Besuchern Demokratiegeschichte geschrieben. Heute bin ich allerdings nur auf der Durchreise, wir fahren weiter Richtung Rostock und ich möchte natürlich die Möglichkeit nutzen, um etwas Öffentlichkeitsarbeit für unsere Bewegung zu machen. Es gibt schließlich nach der langen Winterzeit viel zu erzählen. Wir haben zwar eine Demonstrationspause gemacht, aber dennoch gearbeitet: Unsere Netzwerke stehen, unsere Strategien sind neu aufgesetzt und wir haben uns reflektiert. Es war ein aufregendes Jahr mit einer wahnsinnig schnellen Dynamik.

Wir blicken auf fast ein Jahr Ausnahmezustand zurück. Welche Eindrücke sind Ihnen im Gedächtnis geblieben? Welche Bilder? Welche Gefühle?

Für mich persönlich war es ein Jahr voller Tiefe, mit allen großen Gefühlen. Von meiner ersten kleinen Demonstration in Stuttgart im April bis hin zu den großen August-Demonstrationen lagen nur ein paar Monate – die Ereignisse überschlugen sich. Das wird einem immer erst hinterher bewusst. Ich habe sehr viele, neue Menschen kennengelernt. Wir haben uns auseinandergesetzt, Fehler gemacht, gelernt, weitergemacht. Der Zusammenhalt in unserer Bewegung nach alledem trägt mich bis heute. Und vor allem die Stimmung, die voller Lebensenergie und Freude ist. Wenn ich an die fröhlichen und tanzenden Menschen auf unseren Demos denke, dann freue ich mich auf den Frühling und die kommenden Versammlungen. Anderseits sind da natürlich auch die Erinnerungen an die Polizeigewalt, insbesondere in Berlin. Doch es überwiegt das Gute: Wir haben 2020 den Aufbruch geschafft, jetzt gibt es viel zu tun.

Sie sprechen offen von Fehlern. Ein Kritikpunkt, der Ihnen auch innerhalb der Bewegung vorgeworfen wird, ist das Treffen mit dem Aktivisten Peter Fitzek aus der Reichsbürgerbewegung. Gibt es Dinge, die Sie heute anders machen würden?

Grundsätzlich würde ich nichts anders machen. Die Umsetzung war allerdings nicht optimal. Mein Team hatte Ende vergangenen Jahres einen Termin mit Fitzek ausmachen können, während ich mich gerade in seiner Region privat aufhielt. Mich interessierten seine Ideen und Konzepte für neue Formen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Das Treffen sollte unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, mit ausgesuchten Teilnehmern. Vor Ort stellte sich dann alles anders heraus, wir hatten sogar Pressevertreter dabei, später auch noch die Polizei. Da stimmten einige Dinge intern auch nicht, wir hatten undichte Stellen. Das haben wir mittlerweile behoben, sind durch eine Art Katharsis gegangen und stehen heute enger und besser zusammen als zuvor. Wenn Sie auf den Gesprächspartner an sich abzielen, kann ich Ihnen nur sagen, dass ich erst einmal mit jedem Menschen rede. Wenn ich einen Gesprächspartner ausschließe, weil Medien über ihn negativ berichten, dann bleibe ich mir selbst nicht treu. Und auch nicht der Plattform Querdenken: Wir öffnen den Debattenraum, wir schließen ihn nicht.

Was genau haben Sie dieses Jahr vor? Wird Querdenken sich inhaltlich neu ausrichten? Welche Ziele haben Sie und Ihr Team sich gesteckt?

Die grundsätzliche Ausrichtung und Struktur von Querdenken bleibt so bestehen, wie sie ist: Querdenken ist die Plattform für einen offenen Debattenraum. Bei uns ist jeder willkommen, der sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegt, wir schließen niemanden aus. Wir sind eine außerparlamentarische Bewegung, die zukünftig noch mehr Einfluss auf die aktuelle Politik nehmen möchte und die sich noch stärker als Meinungsplattform positionieren wird. In unserer Struktur bleiben wir weiterhin dezentral organisiert – und mein Fokus liegt natürlich auf Querdenken 711, da bin ich zuhause. Daher freue ich mich, heute schon verkünden zu dürfen, dass wir drei große Demonstrationen dieses Jahr umsetzen werden. Die erste wird am 3. April in Stuttgart sein und die zwei weiteren am 1. und 29. August in Berlin.

Sie haben als Ziel genannt, Querdenken als Meinungsplattform stärker zu etablieren. Wie wollen Sie das genau machen?

Im vergangenen Jahr haben wir den gesellschaftlichen Aufbruch geschafft und sind mit Querdenken ein wesentlicher Teil der großen Demokratiebewegung in Deutschland geworden – gegen jedes mediale Framing und jede mediale Verleumdung. Wir haben uns durchgesetzt. Jeder, der auf unseren Demonstrationen war, weiß, dass wir eine friedvolle und demokratische Bewegung auf Basis des Grundgesetzes sind, egal, was die Leitmedien berichten. Das wird sich auch weiter herumsprechen, da bin ich mir sicher. Für unser Bühnenprogramm hat das neue Jahr neue Inhalte. Über Corona ist alles gesagt, die Fakten liegen auf dem Tisch. Jetzt geht es darum, dass wir uns gemeinsam fragen, wie wir zukünftig leben wollen. Unabhängig davon, was sich andere Menschen für uns ausgedacht haben – Stichwort *Great Reset*, wer auch immer dahintersteckt – wir entscheiden selbst, wie wir leben wollen. Und das mit vereinten Kräften. Wir von Querdenken möchten Menschen mit Konzepten und Prototypen für die Gestaltung unserer Gesellschaft eine Plattform bieten – sowohl im analogen als auch digitalen Raum.

Das heißt, es geht jetzt konkret darum, gemeinsam neue Konzepte zu entwickeln, wie wir zukünftig miteinander leben wollen?

Genau. Es gibt viele Experten, die zu Recht warnen, was da alles auf uns zukommt, Stichwort: Finanzkrise. Wir möchten aber nicht wie das Kaninchen vor der Schlange sitzen, sondern unsere Zukunft in die Hand nehmen. Wir helfen dabei, dass Menschen aus allen Disziplinen gemeinsam konkrete und umsetzbare Lösungen zu neuen Herausforderungen erarbeiten, quasi in die kollektive Eigeninitiative kommen. Wenn wir auch zukünftig gut zusammenleben wollen, müssen wir uns wohl neu darauf verständigen, was das für uns bedeutet. Für mich heißt das zum Beispiel, mehr auf lokale Strukturen zu setzen anstatt auf globale, neue Arbeitszeitmodelle zu durchdenken, mehr im Einklang mit der Natur zu leben und so weiter. Zentrale Fragen unseres Zusammenlebens können wir jetzt für die Zukunft neu beantworten.

Was wünschen Sie sich für dieses Jahr?

In Deutschland leben viele talentierte Menschen, mittlerweile aus der ganzen Welt. Wenn wir uns alle aus der gesamten Demokratiebewegung zusammenschließen, dann haben wir eine große Chance, eine Veränderung zum Guten herbeizuführen.

Die Fragen für den DW stellte Nadine Strotmann.



Redaktionsbesuch: Michael Ballweg (Bildmitte im weißen Pullover) in den Räumen der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand mit Freunden und Redakteuren des Verlages. Foto: DW/Steve Schramm

Gegen antideutschen Antise

Von Übertreibungen bis Fanatisnus in Regierung und Konzernmedien – eine Gratwanderung zu echter Menschenf

Nun, da wir uns immer detaillierter mit der Schaffung einer ersten, wirklich souveränen, deutschen Verfassung auf Basis von 1871 befassen, ist es angebracht, sich Gedanken über eine Staatsräson zu machen, insbesondere vor dem Hintergrund der jüngeren deutschen Geschichte, der beiden Weltkriege, dem Holocaust, der deutschen Teilung und dem Scheitern der Bundesrepublik Deutschland in der Corona-Krise.

Jede Kritik an den bestehenden Verhältnissen und die Aufdeckung der Legenden der gegenwärtig über uns Herrschenden wird von Mainstream-Medien und der etablierten parteipolitischen Elite der BRD fast ausnahmslos mit dem Vorwurf des Antisemitismus und Holocaustleugnung totgeschlagen – dem Versuch nach. So als sei Kritik an schnellen Impfzulassungen, Grundrechteeinschränkungen und Freiheitsberaubungen aufgrund einer vermeintlichen »epidemischen Lage von nationalem Ausmaß«, Kritik am Weltfinanzkapitalismus, dem Imperialismus der USA und ihrer Verbündeten und dem neoliberalen Raubtierkapitalismus der vergangenen 30 Jahre eine Frage von Jüdischsein oder Linkssein.

Es ist schon merkwürdig, wer sich ungefragt welchen Schuh anzieht, denn warum sollte Corona oder die Finanzkrise etwas mit nur einer Bevölkerungsgruppe oder Religionsgemeinschaft zu tun haben? Warum wird behauptet, Kritiker der Corona-Verordnungen, des Infektionsschutzgesetzes oder der Bankenunion seien antisemitische Holocaustleugner? – Diese schrecklichen Propagandatricks funktionieren nur, weil die entsprechende jahrzehntelange Gehirnwäsche der Staats- und Konzernmedien ihre Spuren hinterlassen hat. Die Bevölkerung Deutschlands will zu den »Guten« gehören, endlich mal nicht der böse Nazi sein, nicht für Eugenik, Weltkrieg, Konzentrationslager und Verfolgung verantwortlich sein. Ausgerechnet in dieser Lage wird vermeldet, dass die Mehrzahl der Israelis mit dem deutschen Impfstoff »versorgt« wurde. Man weiß manchmal gar nicht mehr, wohin man zuerst wegschauen soll.

EINMAL NUR ZU DEN GUTEN GEHÖREN

Also: Machen wir uns daran. Klären wir also nun ein für alle Mal unsere Staatsräson für die Zeit nach dieser Bundesrepublik Deutschland, weil es notwendig ist. Wie stehen wir zu unserer Geschichte, wie zum Staat Israel, wie zu den Palästinensern, der wechselseitigen Gewalt? Seien wir ehrlich: Die Hamas ist nicht sauber von terroristischen Taktiken, die die meisten Palästinenser unter normalen Umständen ablehnen würden. Ebenso repräsentiert der rechtsgerichtete Zionismus nicht das Volk Israel, vor allem nicht, indem er die Opfer des Holocaust verspottet, indem er die Shoah als Rechtfertigung für die Tötung von Zivilisten, unter ihnen viele Kinder, einsetzt. Israel hat das Recht auf Selbstverteidigung wie jede andere Nation. Aber es sollte verstanden werden, dass die Hamas durch Überdruck geboren wurde. Arafat und Rabin vereinbarten die Zwei-Staaten-Lösung, die der Gromyko-Plan bereits 1947 forderte. Seitdem wurde ein Fehler zu einem anderen hinzugefügt, vor allem durch die israelische Regierung. Im Krieg zwischen Israel und Gaza geht es, wie bei allen Kriegen, auch um Ressourcen. Religion und Rassismus werden nur zur Rechtfertigung und Vertuschung der wahren Gründe benutzt. Das ist seit den ersten Kriegen der Menschheitsgeschichte so.

Das Tamar-Gasfeld 90 km vor der Küste Haifas, der Geburtsstadt meiner Großmutter väterlicherseits, enthält 240 Milliarden Kubikmeter Erdgas, das Leviathan-Gasfeld 130 km vor der Küste Palästinas würde es auf 450 Milliarden Kubikmeter Gas bringen. Israel und Palästina hatten sich 1993 in Oslo auf eine Zusammenarbeit im Energiebereich geeinigt, doch aufgrund des andauernden Krieges wird es unmöglich. Israel will nicht mit der Hamas umgehen. Verständlich, aber niemand will den Punkt sehen, dass die Hamas nicht existieren oder nur marginalen Einfluss haben würde, wenn Israel die Errichtung eines palästinensischen Staates zuließe.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist es für uns in der Bundesrepublik Deutschland zur Staatsräson geworden, Israel zu unterstützen, obwohl wir wussten, dass die Eroberung Palästinas durch die Vereinten Nationen im Jahr 1947 die gleichen ungesunden Nebenwirkungen haben würde, die im Falle Irlands aufgetreten sind, nachdem es 1171 von König Heinrich II. erobert worden war. Nicht selten wird übersehen, wie bösartig sich ein besetztes Volk verhalten kann.

Nichtsdestotrotz sind wir Deutschen, die wir seit dem 3. Oktober 1990 wieder unter einer Nation vereint, aber nicht vollständig souverän sind, und durch die Einbeziehung der ehemaligen Ostdeutschen, denen während der sowjetischen Herrschaft eine negative Haltung in Bezug auf Israel gelehrt wurde, immer noch mit der sogenannten »kollektiven Schuld« konfrontiert. Ich bin der Meinung, dass es keine »Kollektivschuld« gibt, sondern dass es eine kollektive Verantwortung geben sollte, es nie wieder geschehen zu lassen. Aber worin besteht unsere Staatsräson nun, und wie soll sie im Deutschland nach dem Ende der Besatzungszeit ausgestaltet sein?

KOLLEKTIVE VERANTWORTUNG STATT KOLLEKTIVSCHULD

Was bedeutet Staatsräson, also »raison d`état«, wirklich? Sie wird in der Regel der konservativen politischen Doktrin zugeschrieben. Ganz zynisch kommt eine Bemerkung des preußischen Königs Friedrich II. daher: »Du kannst so viel denken, wie du willst, solange du gehorsam bist.« Dies ist sicherlich eine Fehlinterpretation dessen, was eine »raison d'état« darstellen sollte. Machiavelli schrieb 1525, dass die »raison d'état« den Herrscher ermächtigte, so er denn wolle oder nicht, Gebrauch von Moral zu machen, was auch immer dem Zweck dienlich ist. Die moderne Gesellschaft in einer Demokratie sollte ihre Optionen sorgfältig abwägen, wenn es darum geht, eine Daseinsberechtigung zu definieren. Unsere Demokratien sollten nicht nur mitschwingen in einer subalternen Beziehung zur Staatsmacht, die bis heute multinationalen Konzernen und Banken den roten Teppich für Steuerhinterziehung, Downsizing, Privatisierung und Deregulierung ausrollen. Der Imperialismus war buchstäblich tot, nachdem der osteuropäische Sozialismus implodiert war, denn seit dem Fall der Berliner Mauer wird uns gesagt, dass die Globalisierung nicht imperialisitisch sei, sondern Freiheit und Demokratie gebracht habe und schließlich allen Nationen Frieden bringen werde. Und himmlische Chöre werden singen.

PERMANENTE RELATIVIERUNG DER FASCHISTISCHEN PERVERSION

Warum wird der imperialistische Ansatz jeder US-Regierung und der israelischen Regierung direkt mit dem Trauma der jüdischen Bedrohung und Verfolgung über Hunderte von Jahren verbunden? Moshe Zuckermann sagte am 14. April 2008: »Welche Ideologien auch immer das israelische Shoah-Gedenken bestimmen mögen, es kann nicht geleugnet werden, dass die Shoah die grundlegende Matrix für die Gründung des Staates Israel bleibt.«

Ich stimme voll und ganz zu, möchte aber hinzufügen, dass bei der Gründung des israelischen Staates tragische Fehler gemacht wurden, da die progressiven Bewegungen in der arabischen Bevölkerung Palästinas die UN-Resolution über den britischen Truppenabzug und die Gründung zweier unabhängiger Staaten trotz des Aufbegehrens der Nationen der Arabischen Liga nach dem 15. Mai 1948 und trotz entsetzlichen Terrors ignoriert wurden.

Die arabische Bevölkerung Palästinas kämpfte gegen den Rückzug der arabischen interventionistischen Kräfte und für die Gründung eines palästinensischen Staates, wie es von den Vereinten Nationen befürwortet worden war, und für eine demokratische und unabhängige Regierung um mit dem jüdischen Staat auf gleicher Ebene zusammenzuarbeiten. Die Kriege gegen den Irak, Afghanistan, Syrien und die Repression gegen den Iran sind eindeutig imperialistische Ziele, aber der Begriff »Imperialismus Israels« ist *de facto* verboten, obwohl Israel tatsächlich eine wichtige Rolle bei den imperialistischen Zielen der USA und der NATO-Staaten spielt. Die Verbindung mit der Shoah als Begründung herzuleiten, wird den Opfern des Nazi-Regimes nicht gerecht. Wer Lager wie Auschwitz überlebt hat, will doch nicht Krieg und Ausbeutung, sondern Frieden und Ausgleich.

NAHOST-KONFLIKT WIRD NICHT IN DEUTSCHLAND GELÖST

Legendär bleibt die Rede des Chefdelegierten Andrej Gromyko am 14. Mai 1948 bei den Vereinten Nationen: »Man sollte nicht die Tatsache verdecken, dass Palästina von zwei Völkern bewohnt wird, einem arabischen und einem jüdischen. Beide Völker haben ihre Wurzeln in dem Gebiet. Die historische Vergangenheit und vor allem nicht die Realität, die in unserer Zeit geschaffen wurde, rechtfertigen keine einseitige Lösung der Palästinafrage, weder durch die



Echte Trauer und Instrumentalisierung derselben durch die

emitismus

freundlichkeit | Von Ralph T. Niemeyer

Errichtung eines unabhängigen arabischen Staates, der weder den legitimen Rechten der Juden entspricht, noch durch die Errichtung eines unabhängigen jüdischen Staates, der den legitimen Rechten der Araber widerspricht. (…) Eine gerechte Lösung wäre am besten in der Gründung eines arabisch-jüdischen unabhängigen und demokratischen Staates ausgedrückt, (…) sollte sich jedoch herausstellen, dass aufgrund der zerrütteten Beziehung zwischen jüdischen und arabischen Palästinensern das unmöglich geworden ist, dann (kommt die) Teilung des Landes in zwei unabhängige und selbstbestimmte Staaten, einen jüdischen und einen arabischen.«

Regierung. Hier: Angehörige in Berliner Gedenkstätte.

Foto: privat/gemeinfrei

ISRAELISCHE FRIEDENSBEWEGUNG

Die israelische Friedensbewegung »Gush Shalom« warb 2009 in der Tageszeitung Haaretz: »Erst wenn der erste Unabhängigkeitstag eines souveränen Palästinas gefeiert wird, wird die Zukunft des souveränen Israel gesichert sein.« Unterdrückte Solidarität kann nicht behaupten, aus Faschismus und Holocaust gelernt zu haben. Unsere Solidarität als Deutsche und Europäer wird sowohl mit der Friedensbewegung in Israel als auch mit den Unterdrückten in Palästina geschlossen sein. Die Geschichte verpflichtet uns, uns voll und ganz für den Kampf gegen Faschismus, Imperialismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamphobie einzusetzen, und sie verpflichtet uns, uns zu einer humanen Politik gegenüber Geflüchteten und Asylsuchenden und zumindest einer Hauptkritik am Kapitalismus zu bekennen. All dies kennzeichnet nicht die gegenwärtige deutsche und die EU-Politik. Es ist vielmehr so, dass sich die Regierung und die Mainstream-Medien darauf konzentrieren, die von den Faschisten begangenen Verbrechen auf deren kranke Rassenideologie zu reduzieren, die in der Tat beispiellos und entsetzlich war. Aber die Verbrechen des Nazi-Regimes lassen es nicht zu, darauf reduziert zu werden.

Der industriell organisierte brutalste Massenmord an Juden, Roma, Sinti, Kommunisten, Homosexuellen und vielen anderen Menschen, die den Faschisten im Weg standen, wäre ohne den von der im Düsseldorfer Industrieclub vereinten deutschen Schwerindustrie und Hochfinanz initiierten Zweiten Weltkrieg unmöglich gewesen. In der Zeit nach der Besatzung müssen wir für einen offenen Umgang mit dem Holocaust eintreten, denn alles andere erlaubt weder ein ehrliches Shoah-Gedenken, noch würde es immer wieder aufkeimenden Antisemitismus verhindern. Diese neue Staatsräson ist unsere kollektive Verantwortung, die aus der Schuld der deutschen Faschisten am Holocaust erwachsen ist.



Ralph T. Niemeyer ist Journalist, Dokumentarfilmer und Vorsitzender des Deutschlandkongresses.

QUARTÄRER ANTISEMITISMUS

Wenn Judenfeindlichkeit für Regierungsprogramme instrumentalisiert wird, ist das judenfeindlich. | Kommentar *von Anselm Lenz*

Die Regierung und deren Medien-Satrapen befinden sich in ihrem ganz eigentümlichen Informationskrieg. Dabei zerstören sie die Fundamente der Zivilisation.

Um die Bevölkerung zu unterdrücken und die Opposition – in Deutschland bislang nur bildlich, im US-Kapitol tätlich – zum Abschuss freizugeben, wird alles und jeder verleumdet, der nicht die Linie des Militärisch-Industriellen-Corona-Komplexes unterstützt. Soweit, so totalitär, so kriminell verfassungs-, menschen-, völker- und kriegsrechtsrechtswidrig.

SCHAMLOSE AUSBEUTUNG DES ANTISEMITISMUS

Ein Menetekel, keine Randnotiz, ist die schamlose Ausbeutung des Begriffs des Antisemitismus für das Corona-Notstandsregime. Schon in den ersten Tagen wurde mit der propagandistischen Begriffsschöpfung des »Corona-Leugners« die Assoziation zur Holocaust-Leugnung bewusst für die Info-Kriegführung ins Feld geführt. Und dies gegen Ärzte, Journalisten, Anwälte und Bürgerinnen, die das Maßnahmenregime kritisierten, die behauptete Gefährlichkeit des Infekts in Frage stellten.

Dass Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) den Zivilisationsbruch frühzeitig mitbetrieb, lässt tief in die psychische Verfasstheit des ewigen Politfunktionärs blicken, der im Leben nie etwas anderes sah, als Amtsstuben, Ministerien und Staatslimousinen. Dass ein deutscher Bundespräsident es wagen würde, das Andenken an die Shoah, und damit den Gründungsmythos der zivilisierten Welt zu zerstören, um damit ein von Beginn an höchst umstrittenes Maßnahmenregime vermeintlich abzusichern, ist ein Verbrechen historischer Dimension. Es offenbart eine Störung, die mit dem Begriff Empathielosigkeit milde beschrieben ist. Im Grunde handelt es sich um eine vollendete Psychopathie.

Was für den Politiker des Belgrad-Bombardements, der Angriffskriege auf Afghanistan, der Sozialdumping-Programme Hartz und TTIP eine logische Folge seines »Mind Sets« sein mag, ist umso unverzeihlicher für jene, die sich als Antifaschisten bezeichnen durften. Der Schwur von Buchenwald gebietet, »für den Aufbau einer demokratischen, friedlichen Welt« einzutreten. Und: Dass »Auschwitz nie wieder sei« und damit jede Form von industrieller Menschenvernichtung. In der Folge wird auch gegen (jeden!) Krieg, gegen Faschismus, gegen Lüge und Ausbeuterei eingetreten. Wie wäre es heute mit »einem wahren Wort« (Zitat Giorgio Agamben). Seid endlich ehrlich: Wie steht es darum derzeit?

EIN BUNDESPRÄSIDENT WIDER DIE HERZENSMÄSSIG GEBILDETEN

Das post-linke Strategem der »Politik der ersten Person« (etwa »Lasst uns alle Juden sein!«) hat, wie die Postmoderne und die nach 1989 völlig deformierte Linke generell, fürchterlich vergiftete Folgen gezeitigt bis hin zu kollektiven psychischen Verfallsmustern, die kaum reparabel scheinen. Dazu kommt, dass der Begriff »Antifa« bewusst usurpiert worden ist; er wird heute für Kriegstreiberei, Regierungs- und Konzerninteressen final ausgeschlachtet (und um den Putsch des Tiefen Staates in den USA gegen einen unliebsamen, aber eben doch gewählten Präsidenten Trump kriegerisch zu überlagern). Antifa ist heute eine Sache für abstürzende *Rich Kids* aus zerrütteten Akademikerfamilien, die irgendwie hoffen, doch noch in einen Job bei *Google*, in »Parteistiftungen«, beim DGB oder *Wikimedia* reinzurutschen. – Eine allgemeingültige Begriffsdefinition für Antisemitismus gibt es jedenfalls nicht. Wo die Theoriekonzeptionen von primärem bis tertiären Antisemitismus noch einen gewissen Halt in der Wirklichkeit behaupten konnten (wobei die dritte Form seit etwa zwei Jahrzehnten dazu missbraucht wurde, die Existenz handelnder Personen in Wirtschaft und Politik zu negieren), muss der Begriff des quartären Antisemitismus nun verwendet werden gegen Menschen, die Judenfeindlichkeit schamlos ausbeuten.

SCHWUR UND WIRKLICHKEIT

So faschistoid das Corona-Regime in seinem Zivilisationsbruch, seiner objektiven Gesellschaftszerstörung leider ist, so antisemitisch ist ein Bundespräsident, der vollmundig mit einem Begriff hantiert – der ihm so ohnehin zu keinem Zeitpunkt im Leben zustand –, um gegen Oppositionelle loszugehen. Und leider sind auch einige »Linke« auf dem Trip des quartären Antisemitismus. Sie verabschieden sich damit aus dem demokratischen Spektrum einer Republik, ganz gleich welchen wirtschaftspolitischen Zuschnitts diese ausfällt. Immerhin: Ihnen gegenüber stehen die echten Antifaschisten und die herzens-, wesens- und lebensmäßig Gebildeten, die sich nicht in Theoriegebäuden verbinden, sondern durch menschliche Wärme, Liebenswürdigkeit, echten Respekt, echte Verzeihlichkeit. Und es sind Millionen dieser echten Demokraten und wir werden täglich mehr in unser aller Land. Darunter von Beginn an auch zahlreiche jüdische Gemeindemitglieder und Nachfahren der wahren Opfer, in deren Namen zu sprechen sich anzumaßen niemand hat. Der Schwur von Buchenwald gehört denen, die auf zivilisiertem Umgang bestehen, auf Grundrechte – gerade in Lagen gesellschaftlicher Panik. Und die auch heute sagen: Niemals vergessen!

Anselm Lenz ist Journalist und Verleger. Er lebt in Berlin und ist Mitherausgeber dieser Zeitung.

Aus der Sicht einer Jüdin

Lera K. im Interview über das Böse, den Gehorsam und die Moralität

DW: Seit wann engagierst du dich für Grundrechte und Demokratie in Deutschland und warum?

Lera K.: Meine Masterarbeit schrieb ich zum Thema Gewissen und moralisches Dilemma. Ich habe Soziologie sowie Bildungs- und Erziehungswissenschaft studiert, um herauszufinden, warum Menschen überhaupt zu Bösem fähig sind. Ich machte Familienforschung, sichtete Dokumente aus den Ghettos und den Konzentrationslagern. Immer auf der Suche nach einer Antwort auf die Frage, wie das möglich war. Durch diese eingehende Arbeit habe ich Anfang 2020 sofort die gleichen Mechanismen wie damals erkannt: moralische Drohungen aus der Machtposition heraus, Denunziation, Propaganda. So bin ich seit April des vergangenen Jahres mit dem Grundgesetz in der Hand auf der Straße.

Als Russland im vergangenen Jahr die Feier zum Tag des Sieges verschob, hast du für den 8. Mai selbst eine Demonstration in Hamburg angemeldet. Warum war dir das so wichtig?

Meine Großväter haben beide an der Front gekämpft, einer auch 1945 in Japan. Meine Großmutter hat die Blockade von Leningrad, das heutige St. Petersburg, überlebt. Sie waren immer mit Würde und Menschlichkeit an vorderster Front. Dabei haben sie nie verlernt, ihr Herz zu öffnen. Daheim haben wir nie gestritten, auch mit meiner Schwester nicht, so etwas kenne ich nicht. Wir haben musiziert und sind allem mit Gelassenheit begegnet, so bin ich aufgewachsen.

Du stammst also selbst aus St. Petersburg. Seit wann bist du in Deutschland? Und warum als Jüdin ausgerechnet dieses Land?

Ich bin 1995 als osteuropäische Jüdin nach Deutschland gekommen. Damals aus Liebe zu meinem Mann, der aus Israel hierher gekommen war. Wir wurden in Russland beziehungsweise der Sowjetunion nie gegen alle Deutschen oder das ganze Land aufgehetzt. Es wurde immer differenziert und betont, das waren die Faschisten. Mir wird immer wieder gesagt, hier gäbe es doch so viele Nazis. Ich frage dann zurück, wo denn?

Ich bin 46, meine beiden Kinder sind hier geboren und inzwischen erwachsen. Mittlerweile habe ich auch die deutsche Staatsbürgerschaft – von Olaf Scholz, dem heutigen Finanzminister, unterschrieben. Bei der Verleihung damals habe ich geschworen, die Grundordnung anzuerkennen und zu verteidigen. Ich bin sicher, dass ich mit dem, was ich jetzt tue, genau das mache. Ich bin es diesem Land schuldig, dass ich für das Grundgesetz eintrete.

Aber du wurdest dafür selbst als Nazi beschimpft?

Ja. Das ist absurd. Unter den Menschen, die sich für die Demokratie einsetzen sind auch Juden. Wie können wir Nazis sein? Wir können uns doch nicht selbst leugnen. Dabei übersieht die deutsche Regierung, dass sie den Holocaust verharmlost, wenn sie es so darstellt, als ob wir, also jene, die das Grundgesetz, die Demokratie und Menschenrechte verteidigen, Nazis wären. Die Werte und Normen sind um 180 Grad verdreht. Was früher wichtig war, wie das Kindeswohl, ist heute vergessen. Im Gegenteil – was wir den Kindern antun ist unfassbar. Meine Tochter, sie ist 23, wurde geschupst, weil sie keine Maske trägt. Das war vor einem Jahr noch undenkbar. Die Kriminalität ist in die Öffentlichkeit und die Politik eingedrungen. Genau wie damals in den 30er Jahren.

Als das mit Corona anfing habe ich keine Nacht geschlafen. So einen Umgang mit alten Menschen kann ich nicht dulden. Wie kann man die Alten von ihren Familien trennen, das ist doch das einzige, was ihnen bleibt. Wenn man ihnen nimmt, was Freude macht, dann ist das Entmündigung. Dabei haben alle das Recht, selbst über ihr Leben zu entscheiden. Auch meine Mutter hat uns nie etwas vorgeworfen, nach dem Motto: Was wir machen, ist unsere Entscheidung. Das ist noch heute so. Das ist bedingungslose Liebe.

Du hast dich mit anderen Juden zusammengetan. Ihr habt einen Kanal auf telegram. Wie heißt der?

Der heißt: Juden für Aufklärung, Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung. Denn kaum jemand hat unter einem Unrechtsregime so sehr gelitten wie die Juden. So sind die Juden wieder die ersten, die bei gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen sensibilisieren wollen. Denn die Regierung hat keine wissenschaftlichen Beweise für all die Maßnahmen. Es herrscht Zerstörung, weil Neuaufbauen billiger ist, als Renovieren. Dabei werden wieder Millionen Existenzen zerstört.

Du hast dich intensiv mit Gehorsam und Moralität beschäftigt. Hast du eine Antwort auf die Frage gefunden, woher das Böse kommt?

Ich kann es leider noch immer nicht erklären. Ich bin überzeugt, dass die Menschen an sich gut sind, die Natur steht über den Dingen. Menschen werden erst durch ihre Sozialisation böse. Eigentlich haben Hannah Arendt, Theodor Adorno und Stanley Milgram schon alles herausgefunden zu dem Thema. Sie haben aufgearbeitet, was im Zweiten Weltkrieg passiert ist und was der Faschismus möglich macht.

Selbst Bildung oder körperliche Nähe können uns vor Gräueltaten nicht schützen. Soldaten hatten mit Frauen in Konzentrationslagern Verhältnisse und unternahmen trotzdem nichts gegen deren Ermordung. Nur das Menschliche, die Menschlichkeit kann uns schützen. Es ist eigentlich die Aufgabe der Pädagogen, dass sich Unrecht nicht wiederholt. Aber was in Schulen heute passiert ist grauenhaft. Ich bin über die Lehrer bestürzt. Sie handeln nicht mehr zum Wohle des Kindes.



In Gedanken zur Moralität versunken: Lera K. ist Demokratieaktivistin in Hamburg. Foto: Sven S.

Was wäre das Schlimmste für dich?

Meine größte Befürchtung ist, hundertprozentig zu wissen, dass mit den Impfungen Menschen wieder bewusst getötet werden. Und das 80 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Wo wir doch alles für die Erinnerungskultur getan haben. Wir haben das alles im Nu vergessen. So ein Unrecht. Warum sind sie so scharf darauf, alle zu spritzen? Ich weiß nicht, ob Israeliten in Gefahr sind. Den Tag will ich nicht erleben. Diesen Gedanken versuche ich zu verdrängen. Ich hoffe, dass das Bundekriminalamt all die Impftoten untersucht.

Worin siehst du deine Aufgabe?

Ich gehe davon aus, dass Menschen gut sind und dass wir ein besseres Miteinander erreichen. Ich denke und, falls notwendig, denke ich auch quer. Ich bin da aktiv, wo ich etwas ändern kann. Jeder macht, was er kann, so decken wir alle Bereiche ab. Ich möchte dazu beitragen, dass dieses Verbrechen sofort aufhört. Wir wissen nicht, wo der Punkt liegt, an dem das alles aufhört, umso wichtiger ist es, dass wir mit dem Protesten weitermachen. Denn Energie kommt davon, dass man etwas macht. Der Anfang ist, vom Sofa aufzustehen.

Die Fragen stellte Sophia-Maria Antonulas.

Wissenschaftlicher Unfug

Die Inzidenz muss weg – und die Schnellvertestung auch. | Von Prof. Dr. Hans-Jürgen Bandelt

Die »7-Tage-Inzidenz« gibt an, wie viele Einwohner einer Region umgerechnet pro 100.000 einen positiven PCR-Test hatten. Dieses Konzept führt wegen der inhärenten Manipulationsmöglichkeit zu Schwindel und Betrug. Inzidenz und Schnellvertestung schaukeln sich gegenseitig hoch.

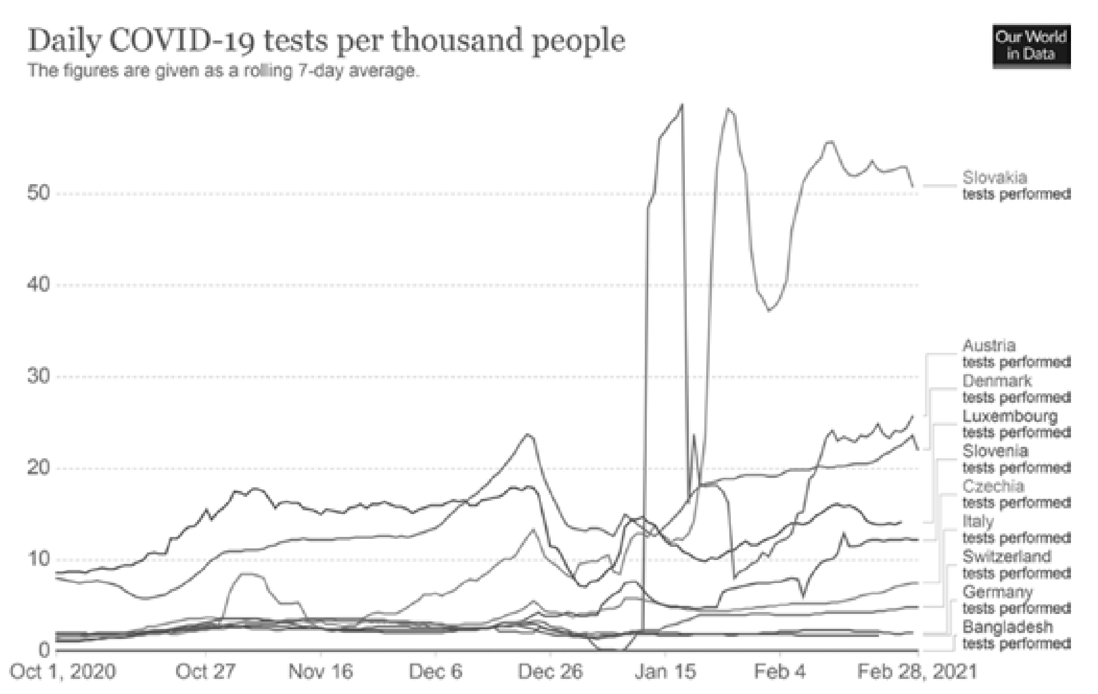
Leider äußern das selbst kritisch denkende Virologen und Medizinstatistiker nicht in der nötigen Schärfe. Es reicht nicht zu sagen, dass der Inzidenzwert allein keine sinnvolle Richtschnur sei. Denn er hängt törichterweise von der frei gewählten Teststrategie ab und steigt mit dem Testumfang monoton an. Stattdessen bräuchte es wirkliche Kenngrößen des Infektionsgeschehens. Die sind allerdings derzeit in Deutschland unverfälscht nicht zu haben.

Wenn man von Inzidenz sprechen will, dann muss der traditionelle Bezug eben die Untersuchungsmenge von potentiell Erkrankten sein. Die könnte hier die Menge der überhaupt in dem Untersuchungszeitraum PCR-Getesteten sein, sofern man dem Grundirrtum erliegen wollte, dass ein positiver Test eine Erkrankung anzeigte. Der Test steuert im besten Fall nur zwei Schnipsel aus dem RNA-Genom von SARS-CoV-2 in Gesunden an und klärt nicht die Ursache einer klinisch manifesten Krankheit – und so sieht es ja wohl inzwischen auch die WHO.

Wenn jedoch die Positivenrate kennzeichnend sein soll für das Infektionsgeschehen, so müsste die wöchentliche Stichprobe, die dem PCR-Test unterworfen wird, repräsentativ sein. Repräsentative Erhebungen wurden schon seit fast einem Jahr angemahnt, aber nicht eine vom Robert-Koch-Institut (RKI) bislang auf den Weg gebracht.

Es müsste das Hauptaugenmerk auf die Rate bezüglich klinisch manifester Covid-19-Erkrankungen gerichtet sein und insbesondere auf schwere Verläufe und wirkliche Covid-19-Todesfälle. Mit solchen Erhebungen hapert es, weil ein positiver PCR-Test schon bei einem Krebs- oder Herzinfakt-Patienten oder gar einem Unfallopfer über die »Diagnose« Covid-19 entscheidet. Ein Schwindel, der – ohne zusätzlichen politischen Druck – allein durch finanzielle Anreize von der Klinik über die Leichenschau bis in den Sarg beziehungsweise die Urne wie von selbst abläuft.

Der aus der Luft gegriffene Inzidenzwert von 50 sollte den Gesundheitsämtern angeblich erfolgreiche Kontaktverfolgung ermöglichen. Man kann jedoch nicht durch den PCR-Test entscheiden, wer wen infiziert haben könnte. Und außerdem hintertreibt die Verzögerung den vorgeblichen Zweck: Wenn Symptomlose ihre potentielle Infizierung mehrheitlich bereits mehr als zwei Wochen zuvor hatten, so entwickelt diese Mehrheit keine Erkrankung mehr und wird daher nicht ansteckend sein.



LUXEMBURG TEST-EUROPAMEISTER

Der Bezug beim Inzidenzwert mit der Bevölkerungsgröße ist grundfalsch, da nur ein völlig beliebiger Bevölkerungsanteil PCR-getestet wird – in Deutschland waren es seit 25. Juni 2020 wöchentlich nur 0,5 bis 2 Prozent der Bevölkerung. Im November war Luxemburg Europameister im Testen. Der Glaube, man könne so das Sars-Cov-2-Infektionsgeschehen wegtesten, hat sich nicht bewahrheitet. Aber jedes Land und jede Region kann sich so zum vermeintlichen Hotspot hochtesten und ihre Bewohner drangsalieren und abrichten.

Am 31. Januar 2021 wurde in Dänemark zehnmal und in Luxemburg sechsmal so viel getestet wie in Deutschland oder der Schweiz, jeweils relativ zur Bevölkerungsgröße. In diesem Jahr liegen beim Testen die Länder vorne, die offiziell PCR-Tests und Antigentests nebeneinander nutzen: Am 7. Februar hat Österreich Luxemburg in Sachen Testwahn überholt. Im Februar hat die Slowakei alle mit Abstand geschlagen: Allein vom 1. bis zum 21. Februar wurden mehr Tests durchgeführt, als es Einwohner gibt. Damit testet die Slowakei relativ 500 Mal mehr als Bangladesch.

KEINE CHANCE, UNTER DEN INZIDENZWERT ZU KOMMEN

Der willkürlich gesetzte Inzidenzwert von 50 war bislang die heilige Grenze zwischen *Lockdown* und Lockerung. Und wenn die nun unterschritten wird, senkt die Politik die Grenze schrittweise ab: Die 35 ist längst über uns gekommen. Aber darunter lauern schon die 20 und die 10, unter die uns sogenannte Stufenpläne, ausgearbeitet im Bundeskanzleramt oder in den Landesministerien mit Gewalt drücken wollen. Letztlich sind es Allmachtsphantasien, die den Menschen eingeimpft werden, dass sie durch rituelle Handlungen, Selbstgeißelung und herben Verzicht den Virus eindämmen und somit beherrschen könnten. Mittels Erzeugung nackter Angst werden sie dazu hindressiert. Faktisch wird dabei mit einer Salamitaktik versucht, die deutsche Bevölkerung auf eine No- oder gar Zero-Covid-Strategie einzuschwören.

Schon der Inzidenzwert 10 scheint unerreichbar zu sein angesichts der neuen Teststrategie. Dafür sorgen eben genau die Antigentests, die wöchentlich millionenfach zur Anwendung kommen und die wenigen Positivfälle der PCR-Testung ausliefern, ohne dabei den wirklichen Testumfang offenzulegen. Die im privaten Bereich künftig möglichen Schnelltests verschärfen die Lage nochmals. Wenn faktisch der Bereich, aus dem potentielle PCR-Positive gefischt werden, künftig wöchentlich 20 Millionen und mehr Proben umfasst, dann besteht kaum eine Chance, je wieder unter den Inzidenzwert 10 zu kommen.

Ein Blick zurück: Wie hoch wäre denn der Inzidenzwert in der Kalenderwoche 11 des Jahres 2020 gewesen (9. bis 15. März), gegen deren Ende die Zunahme der berichteten Positivenrate in der ersten Welle in Deutschland am größten gewesen und damit die Drohkulisse am schlimmsten war? Es wurden in der KW 11 gerade mal 7582 Positivergebnisse vermeldet. Das entspricht dem Inzidenzwert von 9,1. Schien zu jener Zeit noch Grünes Licht? Nein, im Gegenteil: Damals und davor wurde höllische Angst vor einer angeblichen neuen Seuche geschürt und verbreitet, allerdings garniert mit Verdopplungszeiten oder Reproduktionszahlen (R-Werte).

Der R-Wert wird immer noch herangezogen, wenn er nach Ende der aktuellen Epidemie beginnt, leicht um 1 zu pendeln und zufällig mal gerade über 1 gerät. Außerdem kann durch kurzfristige Erhöhung des Testumfangs dieser Effekt erzeugt bzw. verstärkt werden. Auf dem Grundniveau muss es um 1 pendeln, denn sonst müsste dieses Niveau Null sein und das Virus wäre ausradiert.

STILLER WIDERSTAND

Wenn ein Gesundheitsamtsleiter widerständige Worte in der Öffentlichkeit äußert, geht es breit in die Presse, und er wird versödert. Wenn er jedoch ganz still und unverdrostet dafür sorgt, dass nicht jeder Infektionsfall nachverfolgt wird, dämmt er die Fallzahlen ein und hält damit die Inzidenz niedrig. Da sind ihm die mittelständischen Unternehmen und Kleinstunternehmen vor Ort dankbar. Und auch die Allgemeinheit ist im Stillen froh, nicht noch mehr durch rechtswidrige Unsinnsverordnungen infantilisiert und drangsaliert zu werden. Besser ist es jedoch, gemeinsam zu agieren. In Berlin fordern sämtliche Amtsärzte, die Lockerungen der in der Corona-Gesundheitskrise geltenden Kontaktbeschränkungen nicht mehr an generelle Inzidenzwerte zu knüpfen. Und spezielle brauchen wir auch nicht.

Dies ist eine verkürzte Version des Artikels »Die Inzidenz muss weg«, der zuerst auf der Website corona-transition.org erschien.



»AUF DIE BOLZPLÄTZE!«

Die Sportvereine erleben eine dramatische Austrittswelle. Kinder und sporttreibende Erwachsene verlassen die Clubs. Die Hoffnung scheint vergebens, dass die übriggebliebenen Mitarbeiter der Vereine die Initiative ergreifen und nicht mehr auf die übergeordneten Verbände warten. Vielleicht kommen wir auf die Bolzplätze zurück, um dort Fußballtrainings abzuhalten. Denn das scheint ja erlaubt; die Kinder und Familien haben sich jedenfalls die Spielplätze und kleinen Anlagen zurückerobert. Aber die großen Sportplätze bleiben abgeriegelt – was totaler Irrsinn ist! Daher ist mein Appell an die Trainer, endlich die Initiative zu ergreifen, die Kinder aktiv auf die Bolzplätze zu führen, damit sie dort wieder Fußball spielen.

Thomas Berthold (Jahrgang 1964) spielte 1990 die deutsche Nationalmannschaft zum Weltmeistertitel. Er ist technisch versierter Verteidiger des Grundgesetzes und Sportressortchef dieser Zeitung.

Da die großen Plattformen wie *Youtube, Facebook* und *Google* Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
kenfm.de
rubikon.news
corodoks.de
corona-ausschuss.de
mutigmacher.org
multipolar-magazin.de
ärzte-für-aufklärung.de
klagepaten.eu
reitschuster.de

*Diese »**Banken**« schlossen oder verweigerten dieser Wochenzeitung aus regierungspolitischen Gründen die Konten. In der vergangenen Woche sprerrte auch die Penta Bank ohne Vorwarnung vorübergehend unser Konto.*







HINWEIS: DW N°41 erscheint zum 27. März 2021.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 40. Ausgabe ab Samstag, 13. März 2021. | Redaktionsschluss war am 11. März, 8:30 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. **| Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57**.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH i. Gr., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.